

Jens Martens

Zivilgesellschaft und Agenda 2030

Neue Allianzen für die
sozial-ökologische Transformation?



Zivilgesellschaft und Agenda 2030

Neue Allianzen für die sozial-ökologische Transformation?

Herausgeber:

Global Policy Forum

Königstraße 37a
53115 Bonn

europa@globalpolicy.org

www.globalpolicy.org

Kontakt: Jens Martens

Autor:

Jens Martens

Redaktionelle Mitarbeit:

Laura Angresius und Yee-Sol Chang

Titelbild:

Wolfgang Obenland

Gestaltung und Produktion:

www.kalinski.media

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-943126-43-3

Bonn, Dezember 2018

Dieses Arbeitspapier ist Teil des Projekts „2030.de“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie von Engagement Global im Auftrag des BMZ.



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Für die Inhalte dieser Publikation ist allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung oder der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wieder.

Inhalt

Einleitung:		
Die Agenda 2030 – nicht allein Sache der Regierungen		3
1. Von NGOs zu <i>Stakeholders</i> :		
Zivilgesellschaftliche Organisationen in der UN		7
2. Bewegung auf allen Ebenen –		
Die Zivilgesellschaft im SDG-Umsetzungsprozess		18
2.1 Die globale Ebene		19
2.2 Die regionale Ebene		28
2.3 Die nationale Ebene		31
3. Probleme, Dilemmata und Chancen		
zivilgesellschaftlicher Organisationen im 2030-Prozess		36
Literatur		47
Anhang 1: Die Zivilgesellschaft in der Agenda 2030		50
Anhang 2: Nationale SDG-Initiativen weltweit		53
Tabellen, Abbildungen und Textkästen		
Tabelle 1	NGOs mit ECOSOC-Konsultativstatus und Sitz in Deutschland	9
Tabelle 2	Der MGoS HLPF <i>Coordination Mechanism</i> 2018	22
Abbildung 1	Zahl der NGOs mit Konsultativstatus beim ECOSOC	11
Abbildung 2	Zahl der Redebeiträge von staatlichen und nichtstaatlichen Vertreter/innen beim HLPF 2018	16
Kasten 1	Die Sonderstellung der Internationalen Handelskammer – UN-Beobachterstatus für die Wirtschaftslobby	15
Kasten 2	Politische Widersprüche überwinden – Globaler Spotlight Report 2018 fordert konsequente Nachhaltigkeitspolitik	26

Einleitung: Die Agenda 2030 – nicht allein Sache der Regierungen

„Wir, die Völker‘ sind die berühmten ersten Worte der Charta der Vereinten Nationen. Wir, die Völker, sind es auch, die sich heute auf den Weg in das Jahr 2030 machen. Auf diesem Weg werden uns die Regierungen und Parlamente, das System der Vereinten Nationen und andere internationale Institutionen, lokale Behörden, indigene Völker, die Zivilgesellschaft, die Wirtschaft und der Privatsektor, die Wissenschaft und die Hochschulen begleiten – und die gesamte Menschheit. Millionen von Menschen haben bereits an dieser Agenda mitgewirkt und werden sie sich zu eigen machen. Sie ist eine Agenda der Menschen, von Menschen und für die Menschen – und dies, so sind wir überzeugt, wird die Garantie für ihren Erfolg sein.“
(Agenda 2030, Pkt. 52)

Im September 2015 verabschiedeten die 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen auf einem Gipfeltreffen in New York die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Mit ihr vereinbarten die Regierungen unter dem Titel *Transformation unserer Welt* einen gemeinsamen Aktionsplan „von beispielloser Reichweite und Bedeutung.“¹ Den Kern der Agenda bilden 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Sie basieren auf den Menschenrechten, sind universell gültig und decken sowohl die soziale, ökologische und ökonomische Dimension nachhaltiger Entwicklung ab als auch die Bereiche Frieden und internationale Zusammenarbeit.

Die Agenda 2030 ist ein Regierungsdokument. Die Regierungen haben sie ausgehandelt, sie haben sie beschlossen und sie sind damit auch für ihre Umsetzung hauptverantwortlich. Aber dennoch ist die Agenda 2030 nicht allein Sache der Regierungen. Die Bundesregierung betont in ihrer neuen Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, quasi dem Umsetzungsplan für die Agenda 2030 und die SDGs in Deutschland:

„Für eine erfolgreiche Umsetzung der Agenda werden die Beiträge der Politik aber bei Weitem nicht ausreichen. Viele Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft haben mit ihrer wertvollen, konstruktiven Arbeit zum erfolgreichen Abschluss der Agenda beigetragen und werden auch bei ihrer Umsetzung eine wichtige Rolle einnehmen.“²

Tatsächlich haben sich zivilgesellschaftliche Organisationen in den Jahren 2012–2015 in nie dagewesenem Ausmaß an den Diskussionen und Verhandlungen über die Agenda 2030 und die SDGs beteiligt. Manche Passagen in der Agenda lassen sich auf die aktive Einflussnahme

1 Vereinte Nationen (2015), Pkt. 5.

2 Bundesregierung (2017), S. 23.

zivilgesellschaftlicher Gruppen zurückführen, etwa die Verpflichtung in SDG 5.6, den allgemeinen Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und reproduktiven Rechten zu gewährleisten, oder die allgemeine Verpflichtung in SDG 10, Ungleichheit in und zwischen Ländern zu verringern.

Die Agenda 2030 geht an verschiedenen Stellen auch direkt auf die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der SDGs ein. Dabei nennt sie zivilgesellschaftliche Organisationen allerdings meist in einem Atemzug mit der Privatwirtschaft, bzw. dem *private sector*, oder sie verwendet den Oberbegriff der „wichtigen gesellschaftlichen Gruppen und anderer Interessenträger“ (*Major Groups and other Stakeholders, MGoS*). Dieser Begriff umfasst ein breites und äußerst heterogenes Akteursspektrum, das von klassischen Nichtregierungsorganisationen (*Non-Governmental Organizations, NGOs*) über indigene Völker, Bauern, wissenschaftliche Einrichtungen und Kommunen bis zu Wirtschaftsverbänden reicht (mehr dazu in Kapitel 1). Sie alle sollen sich an der Umsetzung der SDGs beteiligen, zusätzliche finanzielle Mittel mobilisieren, aber auch in die Weiterverfolgungs- und Überprüfungsprozesse (*follow up and review*) auf allen Ebenen einbezogen werden.

Der klassische Begriff der NGO taucht dagegen in der Agenda 2030 kein einziges Mal auf. Dies spiegelt nicht nur einen Wandel in der Semantik wider, sondern symbolisiert auch einen Wandel im Rollenverständnis zivilgesellschaftlicher Organisationen in der UN. Lange Zeit stand ihr regierungsunabhängiger „nicht-staatlicher“ Charakter in klarer Abgrenzung zu den Regierungen im Vordergrund. In den letzten zwei Jahrzehnten wurden sie in den Vereinten Nationen zunehmend als Interessenträger (*stakeholder*) und Partner bei der Umsetzung von Regierungsbeschlüssen angesehen. In der Agenda 2030 heißt es bereits in der Präambel: „Alle Länder und alle Interessenträger werden diesen Plan in kooperativer Partnerschaft umsetzen.“³ Damit formulieren die Regierungen aber auch eine klare Erwartungshaltung gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen: Als konstruktive Partner der Regierungen sind sie gerne gesehen und genießen umfassende Partizipationsmöglichkeiten – als regierungskritische Watchdogs und streitbare Opponenten dagegen eher nicht.

Dies erklärt zumindest teilweise die vordergründig paradoxe Situation, dass die Regierungen zivilgesellschaftlichen Organisationen auf UN-Ebene im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 größere Mitwirkungsmöglichkeiten zubilligen, während viele von ihnen ihren Handlungsspielraum auf nationaler Ebene zunehmend einschränken (*shrinking space*).

3 Vereinte Nationen (2015), Präambel.

Civicus und Brot für die Welt konstatieren in ihrem jüngsten „Atlas der Zivilgesellschaft“, dass 173 Staaten weltweit die Freiheit der Meinungsäußerung sowie das Recht auf friedliche Versammlung und auf Vereinigung behindern.⁴ Das Spektrum reicht von den „üblichen Verdächtigen“ wie China, Iran, Sudan und Venezuela bis zu den USA und 15 EU-Staaten, allen voran Ungarn. Immer öfter brandmarken Regierungen missliebige NGOs als ‚ausländische Agenten‘ – mit entsprechend repressiven Folgen. Die Zahl der ermordeten Menschenrechtsverteidiger stieg weltweit von 130 im Jahr 2014 auf 281 im Jahr 2016.⁵ In einer wachsenden Zahl von Staaten haben in den letzten Jahren autoritäre Regime die Macht erlangt oder gefestigt. Häufig verfolgen sie einen nationalistischen, fremdenfeindlichen Kurs, der im diametralen Gegensatz zum Geist und zu den Zielen der Agenda 2030 steht.

Parallel dazu boomen in vielen Ländern rechtsnationale oder fundamentalreligiöse Bewegungen, von der Alt-Right-Bewegung in den USA, über Pegida in Deutschland bis zu neo-evangelikalen Sekten in Lateinamerika. Manche sind offen rassistisch, manche leugnen die Evolutionstheorie und den Klimawandel, manche stellen die universelle Gültigkeit der Menschenrechte, und insbesondere der Frauenrechte, infrage. Sie alle sind in ihrer Rückwärtsgewandtheit lebende Beweise dafür, dass zivilgesellschaftliche Gruppen und soziale Bewegungen nicht automatisch gute Multilateralisten und Akteure der in der Agenda 2030 postulierten sozial-ökologischen Transformation sind.⁶ Organisationen der Zivilgesellschaft sind so heterogen und divers wie die Gesellschaft selbst.

Und so nutzen auf der anderen Seite immer mehr zivilgesellschaftliche Organisationen den Umsetzungsprozess der Agenda 2030, um von der kommunalen bis zur globalen Ebene neue Allianzen zu schmieden. Viele sehen einen Mehrwert in einem stärkeren interdisziplinären Austausch von Gruppen aus verschiedenen Arbeitsbereichen rund um die SDGs. Dazu zählen neben Umwelt- und Entwicklungsorganisationen auch Gewerkschaften, Sozialverbände, Friedensgruppen, Menschenrechtsorganisationen und wissenschaftliche Einrichtungen. Beispiele sind die globale Initiative Action for Sustainable Development, SDG Watch Europe, die Plattform Agenda 2030 in der Schweiz und das Bündnis kommunale Nachhaltigkeit Köln (mehr dazu in Kapitel 2).

Angesichts der diffusen Gemengelage möchte dieses Arbeitspapier näher untersuchen, welche (zivil-)gesellschaftliche Mobilisierungswirkung die Agenda 2030 und die SDGs haben. Denn die politische Relevanz der Agenda 2030 wird auch davon abhängen, in welchem Maße die Zivilgesellschaft die SDGs als Referenzrahmen nutzt, sie in der Öffentlichkeit

4 Brot für die Welt (Hrsg.) (2018), S. 5f.

5 Ebd., S. 7.

6 Vgl. zu diesem Phänomen auch die grundsätzliche Analyse von Hardt/Negri (2018).

bekannt machen und kontinuierlich von der Politik ihre Verwirklichung einfordert.

Kann in diesem Kontext der Umsetzungsprozess der Agenda 2030 zur Stärkung fortschrittlicher zivilgesellschaftlicher Organisationen (auch als Gegengewicht zu nationalistischen und fremdenfeindlichen Bewegungen) und der dauerhaften Bildung neuer gesellschaftlicher Bündnisse führen?

Hat sich durch die Agenda 2030 die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen in den Vereinten Nationen verändert? Wie sehen ihre praktischen Mitwirkungsmöglichkeiten aus? Welche Gruppe und Organisationen bestimmen den Diskurs? Und welches sind ihre Hauptbotschaften?

Im ersten Kapitel soll, quasi im Zeitraffer, nachgezeichnet werden, wie sich die Beziehungen zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen bzw. NGOs und UN entwickelt haben und welche Partizipationsmöglichkeiten es für die wichtigen gesellschaftlichen Gruppen und anderen Interessenträger heute gibt. Dabei wird es insbesondere um ihre Rolle im Hochrangigen Politischen Forum (High-Level Political Forum, HLPF) der Vereinten Nationen gehen. Das HLPF ist das zentrale UN-Gremium für nachhaltige Entwicklung und soll hauptsächlich die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele überwachen.

Im zweiten Kapitel wird anhand ausgewählter Beispiele beschrieben, welche zivilgesellschaftlichen Bündnisse sich rund um die Agenda 2030 und die SDGs von der globalen bis zur nationalen Ebene gebildet haben. Ergänzend dazu findet sich im Anhang dieses Arbeitspapiers eine Liste neuer nationaler Bündnisse und Initiativen im 2030-Prozess.

Das dritte Kapitel befasst sich mit Problemen und Dilemmata, mit denen zivilgesellschaftliche Organisationen im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 konfrontiert sind, und leitet daraus einige Fragen ab, die es zu klären gilt. Sie betreffen u.a. das Machtgefälle innerhalb der globalen Zivilgesellschaft, Gefahren der Instrumentalisierung durch die Regierungen sowie der Entpolitisierung bzw. Neutralisierung inhaltlicher Positionen (nach dem Motto „je breiter das Bündnis desto flacher die Botschaften“). Trotz der zuvor skizzierten Risiken und Probleme plädiert das Arbeitspapier abschließend dafür, dass zivilgesellschaftliche Organisationen die Agenda 2030 und die SDGs als Chance begreifen und strategisch nutzen.

1. Von NGOs zu Stakeholders: Zivilgesellschaftliche Organisationen in der UN

Die Vereinten Nationen waren von Anbeginn keine reine Staatenveranstaltung. Schon an ihrer Gründungskonferenz 1945 in San Francisco nahmen neben 850 Regierungsdelegierten und 2.500 Journalisten auch rund 1.500 Vertreter/innen zivilgesellschaftlicher Organisationen teil.⁷ Sie haben maßgeblich dazu beigetragen, dass NGOs als eigenständige Akteure in der Charta der Vereinten Nationen Erwähnung fanden.

Rechtliche Grundlage für die Beteiligungsmöglichkeiten von NGOs in den Vereinten Nationen ist Artikel 71 der UN-Charta. Er ermöglicht dem UN-Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC), Konsultativbeziehungen zu NGOs zu unterhalten. Einzelheiten der bis heute gültigen Partizipationsrechte sind in einer Resolution des ECOSOC aus dem Jahr 1996 geregelt.⁸ Sie sieht für nationale und internationale NGOs weitgehende Beteiligungsmöglichkeiten im ECOSOC und seinen funktionalen Kommissionen, beispielsweise der Frauenrechtskommission, vor. Daneben regelt sie auch die Beteiligung von NGOs bei Konferenzen der Vereinten Nationen.⁹

Die Palette der NGOs mit offiziellem Konsultativstatus ist außerordentlich vielfältig und umfasst nicht nur die bekannten Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen – von Greenpeace über Oxfam bis amnesty international. Auch Interessenverbände der Wirtschaft wie das World Economic Forum, Stiftungen wie die UN Foundation, Berufsverbände wie der Dachverband leitender Polizeibeamter (International Federation of Senior Police Officers) und nationale Lobbygruppen wie die National Rifle Association (NRA)¹⁰, die US-amerikanische Waffenlobby, sind beim ECOSOC als NGO akkreditiert.

Nach den Vorgaben der UN müssen die Ziele und Zwecke der NGOs, die Konsultativstatus erhalten, mit dem Geist, den Zwecken und den Prinzipien der UN-Charta übereinstimmen. Das Beispiel der NRA zeigt aber, dass es bei der entsprechenden Beurteilung offensichtlich einen erheblichen politischen Ermessensspielraum gibt. Wie heterogen die Gruppen und Organisationen sind, die auf der NGO-Liste der UN stehen, zeigen auch die derzeit rund 85 NGOs mit Konsultativstatus, die ihren

7 Vgl. Symank (2017), S. 11.

8 Vgl. ECOSOC Res. 1996/31 vom 25. Juli 1996 (Consultative relations between the United Nations and non-governmental organizations), <http://csonet.org/content/documents/199631.pdf>.

9 Vgl. dazu ausführlicher Martens (2014).

10 Formal das National Rifle Association of America Institute for Legislative Action.

Sitz in Deutschland haben. Das Spektrum reicht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung bis zum Orden des Heiligen Stanislaus (siehe Tabelle 1).

Ursprünglich waren die Beteiligungsmöglichkeiten für NGOs auf den ECOSOC und seine Unterorgane beschränkt. Mit der Aufwertung der Menschenrechtskommission zum Menschenrechtsrat im Jahr 2006, der Einrichtung der Peacebuilding Commission unter dem gemeinsamen Dach von Generalversammlung und Sicherheitsrat, sowie der Schließung der Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) und der Gründung des Hocharangigen Politischen Forums für nachhaltige Entwicklung (High Level Political Forum, HLPF) als Nachfolgegremium im Jahr 2013 hat sich dies geändert. Im Menschenrechtsrat haben NGOs die gleichen Partizipationsrechte wie zuvor in der Menschenrechtskommission, die Peacebuilding Commission hat spezielle Verfahren zur Einbeziehung nichtstaatlicher Akteure entwickelt, und das HLPF übernahm nicht nur die bisherigen Beteiligungsformen der CSD, sondern wurde von den Mitgliedsstaaten ausdrücklich aufgefordert diese weiterzuentwickeln (“further enhancing the consultative role and participation of Major Groups and other relevant stakeholders.”).¹¹

Einen Meilenstein in den Beziehungen zwischen UN und Zivilgesellschaft bildete bereits die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992. Dort verabschiedeten die Regierungen mit der Agenda 21 ein Aktionsprogramm, das sich in einem seiner vier Hauptteile ausschließlich der Stärkung wichtiger gesellschaftlicher Gruppen, der sog. *Major Groups*, widmete. Unter diesem Begriff fasst die Agenda 21 folgende neun äußerst heterogene Akteursgruppen zusammen: Frauen, Kinder und Jugendliche, indigene Völker, Gemeinden, Arbeitnehmer und Gewerkschaften, Wirtschaft und Industrie, wissenschaftliche und technologische Einrichtungen, Bauern und NGOs. Im Rio-Prozess agierten zivilgesellschaftliche Gruppen seitdem überwiegend unter dem Dach ihrer jeweiligen *Major Group*.

Die Rio-Konferenz 1992 löste ein enormes Interesse zivilgesellschaftlicher Organisationen an den Vereinten Nationen aus und führte zu einem deutlichen Anstieg der NGOs mit Konsultativstatus. 1948 waren es noch 41 Organisationen, 1968 377 und 1997 bereits 1.356 Organisationen. Zwanzig Jahre später setzte mit der Rio+20-Konferenz für nachhaltige Entwicklung eine neue Welle zivilgesellschaftlichen Engagements in der UN ein, die im Zusammenhang mit der Agenda 2030 und den SDGs bis heute anhält. Die Zahl der akkreditierten NGOs ist seitdem nochmals massiv gewachsen und hat 2018 die Schwelle von 5.000 Organisationen überschritten. Allein seit September 2015, dem Zeitpunkt der Verabschiedung der Agenda 2030, sind 842 zivilgesellschaftliche Organisationen neu hinzugekommen (siehe Abbildung 1).

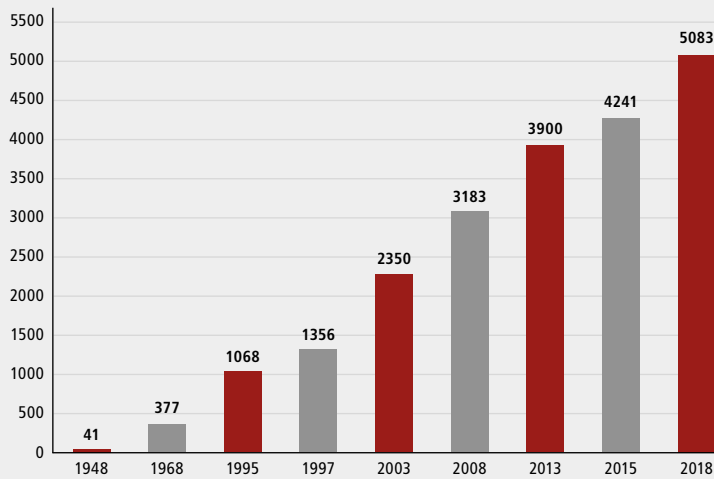
11 United Nations General Assembly (2012), Pkt. 85 (h).

Tabelle 1**NGOs mit ECOSOC-Konsultativstatus und Sitz in Deutschland**

Adelphi Consult GmbH
American Arabic Academy of Science and Technology, LLC
Association Anglaise pour les Activités Sociales
Baltic Sea Forum e.V.
Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.
Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V.
Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen
Bäuerliche Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall e.V.
Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG) e.V.
Center for Practice-Oriented Feminist Science (PROFS)
Christian Blind Mission
Confederation of German Forest Owners Associations
Deutsche Model United Nations e.V.
Deutsche Stiftung Weltbevölkerung – German Foundation for World Population
Deutsche Welthungerhilfe e.V.
Deutscher Naturschutzring – DNR
Deutsches Komitee für UN Women e.V.
Diplomatic Council e.V.
DMW – Diplomaten für internationale Verbindungen von Mensch & Wirtschaft e.V.
European Business Club Association e.V.
European Center for Constitutional and Human Rights
European Road Safety Equipment Federation (EUROADSAFE)
Europäische Plattform für die Gewinnung unterirdischer Energie „Earth Energy“ e.V.
Ex-Volunteers International
Fairtrade Labelling Organizations International e.V.
Federal Union of European Nationalities
Federation of Western Thrace Turks in Europe
FIAN International e.V.
Foundation for Subjective Experience and Research
Foundation for the Rights of Future Generations
Frankfurt School of Finance and Management gemeinnützige GmbH
Friedrich Ebert Stiftung
Friedrich Naumann Foundation
FSD Fahrzeugsystemdaten GmbH
GenderCC – Women for Climate Justice e.V.
Gleichmass e.V.
Global Policy Forum
Heinrich Boell Foundation
Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität – Recht, Ökonomie und Politik e.V. (IKEM)
Institute for Advanced Sustainability Studies e.V. (IASS)
Institute for Security and Safety GmbH
International Association for Human Values

International Association for Sports and Leisure Facilities
 International Civil Society Centre: convening capacity-building research gGmbH
 International Council of Environmental Law
 International Cultural Youth Exchange (ICYE)
 International Federation for Home Economics
 International Federation of Organic Agriculture Movements (IFOAM)
 International Forestry Students' Association
 International Geothermal Association Incorporated
 International Institute of Public Finance
 International Kolping Society
 International Network for Environmental Management (INEM)
 International Raiffeisen Union (IRU)
 International Society for Human Rights
 International Society for Photogrammetry and Remote Sensing
 International Solar Energy Society
 International Union of Geodesy and Geophysics
 Internationale Gemeinschaft für die Unterstützung von Kriegsopfern e.V.
 iuventum e.V.
 Kindernothilfe
 Lesbian and Gay Federation in Germany
 Local Governments for Sustainability
 Malteser International e.V.
 Medico International
 National Council of German Women's Organizations
 Protestant Agency for Diakonie and Development
 Rosa-Luxemburg-Stiftung
 Sign of Hope e.V. – Hoffnungszeichen
 Society for Threatened Peoples
 Stiftung Wissenschaft und Politik
 streetfootballworld gGmbH
 Structural Analysis of Cultural Systems
 The Order of St. Stanislas (Der Orden des Heiligen Stanislaus) e.V.
 Transparency International
 Trennungsväter e.V.
 Union Arabischer Mediziner in Europa
 VDE Prüf- und Zertifizierungsinstitut GmbH
 Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungs-Organisationen (VENRO)
 Wash United gGmbH
 World Association for Element-Building and Prefabrication
 World Economy, Ecology and Development (weed)
 World Future Council Foundation
 World Wind Energy Association – WWEA
 Youth of European Nationalities

Quelle: UN-NGO-Datenbank (<http://esango.un.org/civilsociety/displayConsultativeStatusSearch.do?method=search&sessionCheck=false>), Stand: 1. August 2018

Abbildung 1**Zahl der NGOs mit Konsultativstatus beim ECOSOC**

Quelle: UN (verschiedene Jahre): List of non-governmental organizations in consultative status with the Economic and Social Council. New York; und <http://csonet.org/?menu=100>.

Die stärkere Einbeziehung von NGOs im Rio-Prozess und später in den Diskussionen rund um die Agenda 2030 und die SDGs war auch Ausdruck der aktiven Kooperationsbereitschaft von UN-Einrichtungen sowie einzelner Regierungen und Ministerien. Für die Vereinten Nationen und das UN-Sekretariat waren (und sind) diejenigen NGOs, die sich vehement für eine multilaterale Lösung globaler Umwelt- und Entwicklungsprobleme stark machen, die natürlichen Verbündeten gegenüber den auf nationale Eigeninteressen fixierten Mitgliedsstaaten – allen voran den USA. Regierungen aus Staaten mit stärker korporatistischer Tradition, wie den Niederlanden, den skandinavischen Ländern und Kanada, waren bemüht, ihre positiven Erfahrungen aus der Kooperation mit gesellschaftlichen Gruppen auf die internationale Ebene zu übertragen. Und viele Umwelt- und Entwicklungsministerien betrachten angesichts ihres meist schwachen Standings innerhalb der Regierungen die NGOs als Ideenlieferanten und Alliierte im Streit mit den am Kabinetttisch dominierenden Wirtschafts- und Finanzinteressen.

Ergänzt wurden die starren Konsultativbeziehungen zwischen UN und NGOs dabei zunehmend durch neue und flexiblere Formen der Interaktion, die sich nicht auf zivilgesellschaftliche Organisationen beschränken. Sie basieren auf Konzepten von *Global Governance*, die angesichts der globalen Probleme die Regierungen an den Grenzen ihres Handlungsspielraumes sehen und die Bedeutung von meist als ‚Partnerschaften‘ betitelten Netzwerkstrukturen staatlicher und privater Akteure in der

internationalen Politik betonen. Im Folgeprozess der Rio-Konferenz von 1992 wurde dafür der Begriff der ‚Multi-Stakeholder Initiativen‘ geprägt.

Dieser Trend hatte unter anderem zwei Ursachen: Zum einen die Unzufriedenheit von Regierungen, internationalen Organisationen und NGOs mit der Schwerfälligkeit globaler Verhandlungsprozesse, deren Tempo grundsätzlich von den Bremsern bestimmt wird; zum anderen die mangelnde Bereitschaft oder Fähigkeit vieler Regierungen, bindende (finanzielle) Verpflichtungen im Rahmen von globalen Übereinkommen einzugehen bzw. eingegangene Verpflichtungen in die Tat umzusetzen.

Was Regierungen und UN nicht alleine schafften, soll nun in ‚Partnerschaft‘ mit dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft erreicht werden. Der Begriff der ‚Partnerschaft‘ wird inzwischen derart inflationär verwendet, dass praktisch jede Interaktion zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren darunter subsumiert wird. Dies führte in den letzten Jahren zu einem zunehmenden Begriffswirrwarr, da Begriffe wie ‚NGOs‘, ‚Zivilgesellschaft‘, ‚Privatsektor‘, ‚Major Groups‘ und ‚Stakeholder‘ in den UN nebeneinander und keineswegs einheitlich verwendet werden.

Dies zeigt sich auch in der Agenda 2030. Sie geht an 15 Stellen auf die Rolle der Zivilgesellschaft, des Privatsektors, der wichtigen gesellschaftlichen Gruppen und anderer Interessenträger ein (siehe Anhang 1). Dabei weisen die Regierungen ihnen verschiedene Rollen und Aufgaben im Umsetzungsprozess der SDGs zu.

Zum einen sollen sie sich an der Umsetzung der SDGs und der Mobilisierung der dazu erforderlichen Ressourcen beteiligen.

Zum anderen sollen sie in die Überprüfung der Umsetzung durch Regierungen und UN einbezogen werden. Um festzustellen, welche Fortschritte die einzelnen Länder bei der Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele machen, sind die Regierungen angehalten, dem HLPF auf freiwilliger Basis Umsetzungsberichte vorzulegen. Sie werden als *Voluntary National Reviews (VNRs)* bezeichnet, um auf keinen Fall den Anschein zu erwecken, dass es sich dabei um verbindliche Rechenschaftsberichte handeln könnte. In diese Überprüfungen sollen auch die Beiträge indigener Völker, der Zivilgesellschaft, des Privatsektors und anderer Interessenträger einfließen. Die Tatsache, dass die Agenda 2030 diese Erwartung gegenüber den Regierungen formuliert, gibt zivilgesellschaftlichen Gruppen eine Handhabe, entsprechende Berichte und ihre Beteiligung daran einzufordern. Dies hat trotz aller Freiwilligkeit einen gewissen Druck auf Regierungen ausgeübt, solche Berichte zu erstellen. Als Resultat haben sie in den Jahren 2016 bis 2018 bereits 111 VNRs verfasst und beim HLPF in New York präsentiert.¹²

12 Vgl. <https://sustainabledevelopment.un.org/vnrs/>.

Auf UN-Ebene sieht die Agenda 2030 die Beteiligung der Zivilgesellschaft vor allem im HLPF vor, dem zentralen UN-Gremium für nachhaltige Entwicklung. An seinen jährlichen Tagungen können alle 193 Mitgliedsstaaten der UN teilnehmen. Das Forum hat allerdings weder konkrete Entscheidungskompetenzen noch eine direkte Koordinationsfunktion gegenüber Regierungen und UN-Organisationen. Es dient in erster Linie dem Erfahrungsaustausch über Strategien zur Umsetzung der Agenda 2030, der Präsentation der VNRs und der Analyse von Hindernissen und neuen Herausforderungen bei der Verwirklichung der SDGs.

Vertreter/innen von NGOs mit Konsultativstatus haben verbriefte Beteiligungsmöglichkeiten im HLPF. Sie sind in der Resolution der UN-Generalversammlung geregelt, die das Format und die Organisation des HLPF festgelegt hat.¹³ Demnach dürfen sie

- » an allen offiziellen Treffen des Forums teilnehmen;
- » Zugang zu allen offiziellen Informationen und Dokumenten erhalten;
- » in offiziellen Sitzungen das Wort ergreifen;
- » Unterlagen einreichen und schriftliche und mündliche Stellungnahmen vorlegen;
- » Empfehlungen abgeben; und
- » am Rande des HLPF eigene Veranstaltungen (*Side Events* und *Roundtables*) in Kooperation mit Mitgliedsstaaten und dem UN-Sekretariat durchführen.¹⁴

Dabei können sie allerdings nicht individuell agieren, sondern müssen sich kollektiv in ihren jeweiligen Akteursgruppen abstimmen und koordinieren. Als Organisationsstruktur hat sich dabei im HLPF das System der „wichtigen gesellschaftlichen Gruppen und anderer Interessenträger“ (*Major Groups and other Stakeholders, MGoS*) durchgesetzt. Es umfasst neben den neun *Major Groups*, die bereits in der Agenda 21 aufgeführt wurden, eine Reihe weiterer Interessengruppen, die durch die *Major Groups* nicht ausreichend repräsentiert werden.¹⁵ Dazu zählen u. a. Vereinigungen von Menschen mit Behinderungen und von älteren Menschen, Freiwilligenorganisationen sowie die Interessengruppe ‚Bildung und Wissenschaft‘.

Da das Konzept der *Major Groups and other Stakeholders* nicht am Reißbrett entwickelt wurde, deckt es nicht systematisch alle gesellschaftlichen Gruppen ab, sondern hat sich in den letzten Jahren eher wildwüchsig

¹³ Vgl. UN Dok. A/RES/67/290.

¹⁴ Ebd., Pkt. 15.

¹⁵ Vgl. zur Analyse des Major Groups-Konzepts und Vorschlägen zu seiner Weiterentwicklung Adams/Pingeot (2013).

entwickelt. Eine exakte Definition der Vereinten Nationen, welche Gruppen als *Major Groups* oder *Stakeholder*-Gruppen (mit entsprechenden Beteiligungsrechten im HLPF) anerkannt werden, gibt es nicht. Im Gegenteil: Auf der Website der UN kursieren unterschiedliche und unvollständige Listen der MGoS.¹⁶

Um eine möglichst breite zivilgesellschaftliche Beteiligung im HLPF sicherzustellen, ihre Beiträge besser zu koordinieren und klare Ansprechpartner gegenüber dem UN-Sekretariat und den Mitgliedstaaten benennen zu können, haben Vertreter/innen der MGoS im Februar 2016 in Abstimmung mit dem UN-Sekretariat den *Major Groups and Other Stakeholders High Level Political Forum Coordination Mechanism* geschaffen – eines der bisher ausgefeiltesten Systeme (zivil-) gesellschaftlicher Selbstorganisation in den Vereinten Nationen (mehr dazu in Kapitel 2).

Vertreter der Privatwirtschaft haben im HLPF eine Sonderstellung. Zum einen verfügen sie im Rahmen der *Business and Industry Major Group* über die gleichen Zugangs- und Beteiligungsmöglichkeiten wie alle anderen MGoS. Darüber hinaus genießt ihr globaler Interessenverband, die Internationale Handelskammer (ICC), seit 2017 Beobachterstatus bei der UN-Generalversammlung und hat damit weitergehende Partizipationsrechte als „gewöhnliche“ NGOs (siehe Kasten 1). Die ICC veranstaltet zudem gemeinsam mit UN DESA und dem UN Global Compact jährlich im Rahmen des HLPF ein ganztägiges *SDG Business Forum*, mit dem Wirtschaftsvertreter/innen eine Bühne erhalten, um ihre Ideen und (privatwirtschaftlichen) Lösungen für die Verwirklichung der SDGs zu präsentieren.¹⁷ Ein vergleichbares *SDG Civil Society Forum* gibt es bisher nicht.

Gemessen an der Teilnehmerzahl und der aktiven Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure am HLPF scheint sich ihr Bewegungsspielraum in den Vereinten Nationen in den letzten Jahren vergrößert zu haben. An der Tagung des HLPF 2018 nahmen über 2.000 Vertreter/innen der MGoS teil, sie gaben in den acht Sitzungstagen des Forums 125 Statements ab und veranstalteten 31 *Side Events* in den Konferenzräumen der UN (und zahlreiche weitere außerhalb des UN-Gebäudes) (siehe Abbildung 2).

¹⁶ Siehe z.B. <https://sustainabledevelopment.un.org/mgos>, <https://sustainabledevelopment.un.org/majorgroups/about> und <https://sustainabledevelopment.un.org/majorgroups/hlpf>.

¹⁷ Vgl. www.sdgbusinessforum.org/.

Kasten 1

Die Sonderstellung der Internationalen Handelskammer – UN-Beobachterstatus für die Wirtschaftslobby

In einem beispiellosen Schritt hat die UN-Generalversammlung der Internationalen Handelskammer (International Chamber of Commerce, ICC) im Dezember 2016 Beobachterstatus gewährt.¹⁸ Damit werden dem globalen Dachverband der Wirtschaft weitergehende Beteiligungsrechte in der UN eingeräumt als den NGOs mit Konsultativstatus.

Die Entschliebung erfolgte auf Antrag der ICC und Initiative Frankreichs (Paris ist Hauptsitz der ICC). Bis dahin standen auf der Liste der Staaten und Organisationen mit Beobachterstatus in der Generalversammlung hauptsächlich UN-Nichtmitgliedstaaten wie der Vatikan und der Staat Palästina und zwischenstaatliche Organisationen, wie die Afrikanische Union, die Europäische Union und die OECD.¹⁹ Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen erhielten dagegen bisher keinen Beobachterstatus.

Die ICC hatte bereits seit 1946 NGO-Konsultativstatus. Mit dem Beobachterstatus hat sie nun besseren Zugang zu Treffen und Dokumenten der Generalversammlung. Mit 6,5 Millionen Mitgliedsunternehmen in mehr als 130 Ländern ist die ICC die größte Organisation der Wirtschaft weltweit. Sie vertritt insbesondere die Interessen von Unternehmen, die im internationalen Geschäft tätig sind.²⁰

Als Reaktion auf die Entscheidung der UN-Generalversammlung erklärten Vertreter der ICC:

“We stand ready to ensure that the private sector plays a full role in meeting the ambition of the 2030 agenda. It’s a great honour for ICC to be granted Observer Status at the UN General Assembly. [...] Given the complexity of today’s global challenges, it’s vital that business has a clear voice in UN decision making. We look forward to using this unique platform to deploy fully the resources, expertise and knowledge of world business in the work of the General Assembly”.²¹

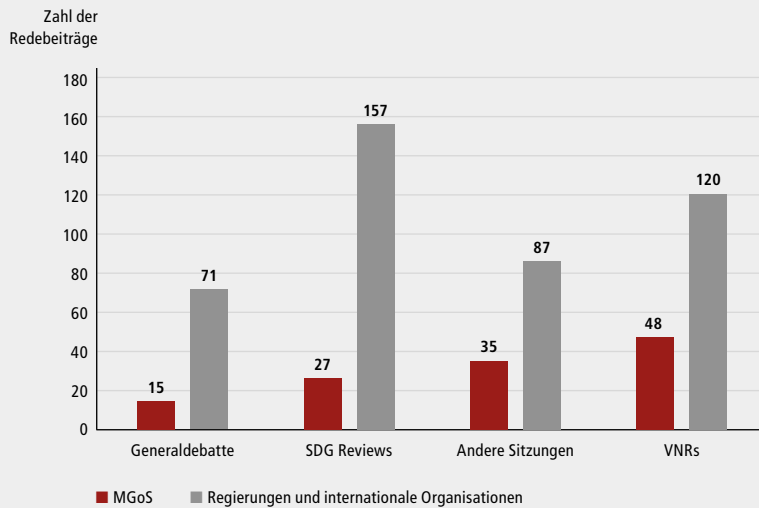
Viele zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren dagegen, dass Positionen der ICC oft im Widerspruch zu den grundlegenden Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards der UN stünden. Das gelte z.B. für die Forderung der ICC, Investorenrechte in internationalen Handels- und Investitionsabkommen zu stärken (u.a. im Rahmen von Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahren), für ihren massiven Widerstand gegen ein internationales Rechtsinstrument, um die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen verbindlich zu regeln, und für ihre Unterstützung transnationaler Öl-, Gas- und Energiekonzerne, indem sie die Regierungen drängt, alle Energieoptionen offen zu halten, einschließlich Kohle, Gas, Öl und Kernkraft.

18 Vgl. UN Dok. A/RES/71/156 vom 13. Dezember 2016 (http://digitallibrary.un.org/record/853641/files/A_RES_71_156-EN.pdf).

19 Vgl. www.un.org/en/sections/member-states/about-permanent-observers/index.html.

20 Vgl. <https://iccwbo.org/>.

21 Vgl. <https://iccwbo.org/media-wall/news-speeches/un-general-assembly-grants-observer-status-international-chamber-commerce-historic-decision/>.

Abbildung 2**Zahl der Redebeiträge von staatlichen und nichtstaatlichen Vertreter/innen beim HLPF 2018**

Quelle: UN DESA (2018).

Die reine Quantität der Beteiligung sagt allerdings noch nichts über die Qualität der Beiträge und die inhaltliche Positionen der ausgewählten Sprecher/innen der MGoS (mehr dazu in Kapitel 3).

Zudem täuschen die absoluten Zahlen der Beteiligung über eine Reihe logistischer Hindernisse und gravierender Zugangsbeschränkungen für zivilgesellschaftliche Gruppen hinweg. Um am HLPF teilnehmen zu können und Zugang zum UN-Gebäude zu erhalten, müssen zivilgesellschaftliche Vertreter/innen ein mehrstufiges Akkreditierungsverfahren durchlaufen, das im Laufe der Jahre immer komplizierter geworden ist. Wenn sie dieses Verfahren durchlaufen und einen *UN Grounds Pass* erhalten haben, erlaubt ihnen dies nicht, das New Yorker UN-Gebäude durch den Eingang für Delegierte und UN-Mitarbeiter/innen zu betreten. Stattdessen müssen sie sich vor jedem Betreten des Gebäudes zum Sicherheitscheck in die lange Schlange der Touristen und Schüler einreihen, die das UN-Gebäude besichtigen wollen.

Um Zugang zum Konferenzsaal zu erhalten, in dem das HLPF tagt, reicht zudem der *UN Grounds Pass* alleine nicht aus. Dazu wird jeden Tag eine eng begrenzte Anzahl zusätzlicher Tickets für die Besuchertribüne verteilt. Wer keines ergattert hat, kann die Sitzungen allenfalls in einem *Overflow Room* auf der Leinwand verfolgen.

Auch die aktive Beteiligung in den Sitzungen des HLPF ist für zivilgesellschaftliche Vertreter/innen eng begrenzt. Beim HLPF 2018 erhielten die MGoS 12 reservierte Plätze im Konferenzsaal, von denen sie mündliche Statements von jeweils maximal zwei Minuten Länge abgeben durften. Da die Vertreter/innen von Regierungen und internationalen Organisationen grundsätzlich Vorrang haben, kommen die Sprecher/innen der MGoS meist erst am Sitzungsende zu Wort – wenn überhaupt. Bei der Erörterung der 46 VNRs, die 2018 präsentiert wurden, konnten sie im Schnitt pro Land eine Frage stellen.

Auch bei der Vergabe von Räumen für *Side Events* haben Regierungen und internationale Organisationen Vorrang. Das hatte zur Folge, dass beim HLPF 2018 lediglich jeweils eine Veranstaltung der MGoS sowie eine kleine Zahl von NGO-Veranstaltungen in Kooperation mit Regierungen im UN-Gebäude stattfinden konnten. Für unabhängige Veranstaltungen einzelner zivilgesellschaftlicher Organisationen oder Bündnisse ohne Regierungsbeteiligung gab es dagegen in der UN keinen Raum.

Im Jahr 2019 werden die Zugangsbedingungen für zivilgesellschaftliche Organisationen vermutlich noch stärker eingeschränkt. Dann tagt das Forum nicht nur im Juli im Rahmen des ECOSOC, sondern auch im September im Rahmen der Generalversammlung als globaler Nachhaltigkeitsgipfel auf Ebene der Staats- und Regierungschefs. Bei der Gründungssitzung des HLPF im September 2013, die ebenfalls im Rahmen der Generalversammlung stattfand, wurde aus Platz- und Sicherheitsgründen nur wenigen NGO-Vertreter/innen der Zutritt zum UN-Gebäude gewährt. Lediglich zwei erhielten damals Rederecht.²²

22 Nach den Plänen der UN sollte beim HLPF 2013 ursprünglich Hillary Clinton, offiziell als Vertreterin der Clinton Global Initiative, für die Zivilgesellschaft sprechen. Nach massivem Protest von NGOs wurde sie erst kurz vor der Veranstaltung durch die indische Frauenrechtlerin Gita Sen von DAWN ersetzt.

2. Bewegung auf allen Ebenen – Die Zivilgesellschaft im SDG-Umsetzungs- prozess

Zivilgesellschaftliche Organisationen haben sich aktiv an den Diskussions- und Verhandlungsprozessen beteiligt, die zur Agenda 2030 und den SDGs geführt haben, und sind nun auf vielfältige Weise in ihre Umsetzung und Überprüfung einbezogen.

In vielen Ländern war die Agenda 2030 Auslöser für die Bildung neuer Allianzen zwischen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, Menschenrechtsgruppen, Sozialverbänden, Gewerkschaften, Kirchen, Jugendlichen und Frauen. Bis hinunter auf die kommunale Ebene nutzen inzwischen zahlreiche Initiativen und Netzwerke die Agenda 2030 als Referenzrahmen. Und auch auf internationaler Ebene hat sich die Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen im Rahmen der Agenda 2030 intensiviert. Treibende Kräfte hinter diesen Trends der verstärkten Kooperation und sektorübergreifenden Vernetzung waren zivilgesellschaftliche Gruppe selbst, aber auch Regierungen, Vereinte Nationen und philanthropische Stiftungen.

- » Innerhalb der weltweiten **Zivilgesellschaft** haben bereits in den vergangenen zwei Jahrzehnten, und verstärkt als Reaktion auf den beschleunigten Klimawandel und die globale Finanzkrise mit ihren Ausläufern in den Jahren nach 2007, Suchprozesse und Initiativen zur Neuverortung und Strategieentwicklung eingesetzt. Dabei ging es u.a. um die Frage, welche Rolle zivilgesellschaftliche Akteure in den als notwendig erachteten Transformationsprozessen spielen und wie sie zu „Agenten des Wandels“ werden können.²³ Mit der Agenda 2030 und ihrem ambitionierten Anspruch eines Aktionsplans für die sozial-ökologische Transformation bot sich für derartige Initiativen ein neuer Referenzrahmen.
- » Die **Vereinten Nationen** und zahlreiche Regierungen haben die breite Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen im 2030-Prozess mit der Erwartung verbunden, dass diese als „Partner“ von UN und Regierungen konstruktiv zusammenarbeiteten. Um angesichts der wachsenden Zahl zivilgesellschaftlicher Organisationen und anderer Interessengruppen auf UN-Ebene die Kontrolle zu behalten, verlangen UN-Sekretariat und Regierungen von ihnen allerdings koordiniertes Agieren, das Sprechen als Gruppe mit einer Stimme und den Nachweis transparenter Governance- und Entscheidungsstrukturen. Dies hat im Kontext des HLPF zu einer sichtbaren Formalisierung der

23 Ein Beispiel für derartige Initiativen ist Smart CSOs Lab (www.smart-csos.org).

Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Gruppen und einer „Harmonisierung“ ihrer Positionen geführt.

- » Eine Reihe von **Geberregierungen**, internationalen Organisationen und Stiftungen verknüpfen die finanzielle Förderung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten immer häufiger mit den SDGs. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die z.B. Mittel vom UN-Entwicklungsprogramm (UNDP), der britischen Entwicklungsbehörde DFID oder der Europäischen Kommission erhalten wollen, müssen meist den Nachweis erbringen, dass die beantragten Projektmittel zur Umsetzung der SDGs beitragen. Dabei werden insbesondere EU-Gelder bevorzugt an Konsortien aus Gruppen verschiedener Länder und Sektoren vergeben, die sich zu diesem Zweck oft erst bilden. Zivilgesellschaftliche Netzwerkbildung im 2030-Prozess erfolgt somit gelegentlich auch *donor driven*. Ein Beispiel dafür sind auch die von der Bundesregierung finanzierten Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategie (RENN), die 2016 als Informations- und Aktions-Plattformen für nachhaltige Entwicklung geschaffen wurden, um Akteure in den Bundesländern zu vernetzen und den Ideen- und Informationsaustausch im SDG-Umsetzungsprozess zu fördern.

Die folgenden Seiten geben anhand ausgewählter Beispiele einen Überblick über die zivilgesellschaftlichen Bündnisse, die sich rund um die Agenda 2030 und die SDGs von der globalen bis zur nationalen Ebene neu formiert haben.

2.1. Die globale Ebene

Die Agenda 2030 hat zwei politische Prozesse und Diskurse zusammengeführt, die in den Vereinten Nationen jahrelang getrennt voneinander verliefen. Auf der einen Seite war dies der Rio-Folgeprozess mit den Auseinandersetzungen über nachhaltige Entwicklung, auf der anderen Seite der Prozess rund um die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs), der sich auf Fragen sozialer Entwicklung und die Bekämpfung extremer Armut konzentrierte. In beiden Prozessen engagierten sich zivilgesellschaftliche Organisationen aus unterschiedlichen Themenfeldern mit jeweils spezifischen Formen der Kooperation und Koordination. Im Rio-Prozess war auf UN-Ebene das (künstliche) Konstrukt der *Major Groups* das Organisationsmodell, in dem NGOs und andere Interessengruppen ihre Aktivitäten koordinierten und Positionen abstimmten. Im MDG-Prozess bildeten sich mit dem Global Call to Action against Poverty (GCAP) und später Beyond 2015 aktions- und kampagnenorientierte Netzwerke, in denen vor allem entwicklungspolitische Gruppen zusammenarbeiteten.

Im SDG-Umsetzungsprozess haben sich die bisherigen zivilgesellschaftlichen Bündnisse und Organisationsmodelle weiterentwickelt. Im Rahmen

des HLPF sind nun vor allem die folgenden drei Netzwerke bzw. Koordinationsmechanismen präsent:

Der Major Groups and Other Stakeholders HLPF Coordination Mechanism

Zivilgesellschaftliche Organisationen und andere Interessengruppen haben im HLPF, wie oben beschrieben, umfassende Beteiligungsrechte. Um diese gegenüber dem UN-Sekretariat und den Mitgliedsstaaten in Anspruch nehmen zu können, müssen sie koordiniert vorgehen, über klare Entscheidungsverfahren verfügen und legitimierte Ansprechpartner benennen. Bereits im Rio-Prozess vor 2015 haben die ursprünglich neun *Major Groups* sich in unterschiedlichem Ausmaß institutionalisiert, Entscheidungsverfahren geschaffen und jeweils zwei oder drei Koordinator/innen pro Gruppe gewählt, die sog. *Organizing Partners*. Im Februar 2016 kamen sie mit Vertreter/innen anderer Interessengruppen, die im 2030-Prozess aktiv sind, zusammen, um ein neues Koordinierungsgremium, den *Major Groups and Other Stakeholders High Level Political Forum Coordination Mechanism (MGoS HLPF Coordination Mechanism)*, zu schaffen.²⁴ Aufgaben und Funktionsweise wurden in *Terms of Reference* festgelegt.²⁵ Demnach hat der *MGoS HLPF Coordination Mechanism* folgende vier grundsätzliche Aufgaben:

- „1. Ensure broad, open, transparent and inclusive participation in the HLPF.
2. Ensure that the rights of access and inclusive participation of MGoS in the HLPF are protected and upheld as mandated by [UN General Assembly Resolution] 67/290 and potentially expanded.
3. Facilitate the coordination among, and promote the participation of, all stakeholders that are involved in the HLPF process and want to contribute to it, including organizations and groups that are not part of the MGoS HLPF COORDINATION MECHANISM, to ensure the broadest participation possible.
4. Convene an annual forum for MGoS at which an annual review of engagement activities is presented, including recommendations for future action.”²⁶

24 Die Gründung geht zurück auf die HLPF-Resolution der UN-Generalversammlung (A/RES/67/290), in der es unter Pkt. 16 heißt: "Encourages the major groups identified in Agenda 21 and others stakeholders, such as private philanthropic organizations, educational and academic entities, persons with disabilities, volunteer groups and other stakeholders active in areas related to sustainable development, to autonomously establish and maintain effective coordination mechanisms for participation in the high-level political forum and for actions derived from that participation at the global, regional and national levels, in a way that ensures effective, broad and balanced participation by region and by type of organization."

25 Vgl. die aktualisierte Fassung von 2017 in *Major Groups and Other Stakeholders* (2017).

26 Ebd. S. 1.

Entscheidungen des Gremiums werden von einer Steuerungsgruppe (*Steering Group*) gefällt, der Vertreter/innen aller MGoS angehören (siehe Tabelle 2). Zusätzlich gibt es eine Reihe von Ad-hoc-Arbeitsgruppen (*Task Groups*). 2018 waren dies Arbeitsgruppen zu den Themen *Advocacy*, *Collective Events* und *VNR Engagement*. Der MGoS HLPF *Coordinating Mechanism* verfügt nicht über eine formelle Mitgliedschaft. Er steht allen Vertreter/innen der neun *Major Groups* und anderer Interessengruppen, die im Bereich nachhaltiger Entwicklung aktiv sind, offen. Derzeit befinden sich auf dem Verteiler des Gremiums über 700 Personen.

Die Steuerungsgruppe, und insbesondere ihre beiden Vorsitzenden, sind Ansprechpartner gegenüber dem UN-Sekretariat und entscheiden über die schriftlichen und mündlichen MGoS-Beiträge während des HLPF. Diese Form der Selbstorganisation (bzw. Selbstkontrolle) macht es möglich, dass zivilgesellschaftliche Organisationen und andere Interessengruppen beim HLPF koordiniert und häufig mit einer Stimme sprechen. Die Vielfalt der präsentierten zivilgesellschaftlichen Positionen wird aber dadurch reduziert, nicht-konsensfähige kritischere Meinungen kommen häufig nicht zu Wort (mehr dazu in Kapitel 3). Grundsätzlich diskussionswürdig ist zudem die einheitliche Klassifizierung äußerst unterschiedlicher Akteursgruppen als MGoS, von indigenen Völkern, Frauengruppen und Kommunen bis zu philanthropischen Stiftungen und Wirtschaftsverbänden.

Naiara Costa und Emilia Reyes, Ko-Vorsitzende der Steuerungsgruppe 2017, betonten in einem Blogbeitrag für die UN dennoch die positive Rolle dieses Koordinierungsgremiums:

“The role of the MGoS Coordination Mechanism is to facilitate for the voices of people to reach governments at the main global space for the follow up and review of the transformational promises of the 2030 Agenda. It is a challenge and a unique opportunity for positive change. We have a role as partners in the implementation of the Agenda, as advocates for issues that concern the common good and as watchdogs of commitments. We intend to participate at the HLPF in all these capacities now and in the years to come.”²⁷

27 Costa/Reyes (2017).

Tabelle 2

Der MGoS HLPF Coordination Mechanism 2018

Major Group/ Interessengruppe	Organizing Partners/Focal Points	Weitere Informationen
Major Groups		
Women	International Women's Health Coalition, USA	www.womenmajorgroup.org
	Equidad de Género, Ciudadanía, Trabajo y Familia, Mexiko	
	Women's Environment and Development Organization (WEDO), USA	
Children and Youth	UN MGCY Disaster Risk Reduction Working Group	www.unmgcy.org
	Global Poverty Initiative@ MIT, USA	
	Japan Youth Platform for Sustainability, Japan	
Indigenous Peoples	Tebtebba – Indigenous Peoples' International Centre for Policy Research and Education, Philippinen	www.indigenouspeoples-sdg.org
	International Indian Treaty Council (IITC), Taino	
NGOs	Baha'i International Community, USA	www.ngomg.org
	Regions Refocus, USA	
	Federation of International Association for Public Participation (IAP2), Australien	
Local Authorities	nrg4SD – Network of Regional Governments for Sustainable Development, Belgien	www.global-taskforce.org
	ICLEI – Local Governments for Sustainability, Deutschland	
	United Cities and Local Governments, Spanien	
Workers and Trade Unions	International Trade Union Confederation, Belgien	www.ituc-csi.org/2030Agenda?lang=en
	Education International, Belgien	
Business and Industry	International Agri-Food Network, Kanada	https://sustainabledevelopment.un.org/majorgroups/businessandindustry
Scientific and Technological Community	International Council for Science, Frankreich	https://sustainabledevelopment.un.org/majorgroups/scitechcommunity
	World Federation of Engineering Organisations, Kanada	
	International Social Science Council, Frankreich	
Farmers	World Farmers Organisation, Italien	https://sustainabledevelopment.un.org/majorgroups/farmers
	Canadian Federation of Agriculture, Kanada	
	IFOAM – Organics International, Deutschland	

Weitere Interessengruppen		
Education and Academia	Global Campaign for Education, Südafrika	www.educationacademia.org
	International Council for Adult Education, Uruguay	
Persons with disabilities	International Disability Alliance, USA	www.internationaldisabilityalliance.org/content/stakeholder-group-persons-disabilities
	Light for the World, Deutschland	
Volunteers	Volunteer Groups Alliance (VGA), USA	https://forum-ids.org/about/volunteer-groups-alliance/
	United Way International, USA	
Ageing	AARP International Affairs, USA	www.stakeholdergrouponageing.org
	HelpAge International, Großbritannien	
Financing for Development CSO Group	Society for International Development, Italien	https://csoforffd.org/
	Women's Working Group on FfD, USA	
Asia Pacific Regional CSO Engagement Mechanism	Asia Pacific Forum on Women, Law and Development (APWLD), Thailand	http://asiapacificrcem.org/
	Women's Working Group on FfD, Indien	
Sendai Framework for Disaster Risk Reduction	Huairou Commission, USA	
	Global Network of Civil Society Organisations for Disaster Reduction (GNDR), Großbritannien	
Together 2030	Together 2030 Sekretariat, Philippinen	www.together2030.org
Quelle: https://sustainabledevelopment.un.org/majorgroups/about (Stand: November 2018)		

Action for Sustainable Development

Action for Sustainable Development (A4SD) ist eine globale Plattform zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten bei der Umsetzung der Agenda 2030. Sie wurde 2016 von einem Konsortium aus vier globalen zivilgesellschaftlichen Netzwerken ins Leben gerufen:

- » CIVICUS
- » Climate Action Network (CAN)
- » Global Call to Action Against Poverty (GCAP)
- » International Forum of National NGO Platforms

Im Juli 2018 hatte A4SD nach eigenen Angaben mehr als 2.300 Mitglieder in über 155 Ländern und ist damit das breiteste zivilgesellschaftliche Bündnis im 2030-Prozess.²⁸ In seinem Strategischen Plan 2018–2020 hat das Bündnis die folgenden drei übergreifenden Ziele definiert:²⁹

²⁸ https://action4sd.org/wp-content/uploads/2018/07/A4SD-HLPF-2018_1415-July-FINAL.pdf.
Eine öffentliche Liste der Mitglieder existiert allerdings nicht.

²⁹ Vgl. Action for Sustainable Development (2018), S. 5.

- a) Einen öffentlich zugänglichen Raum im Internet anbieten, in dem Informationen über die Umsetzung der Agenda 2030 geteilt werden können;
- b) Die Advocacy und Beteiligung der Öffentlichkeit an der Umsetzung der Agenda 2030 auf nationaler, regionaler und globaler Ebene unterstützen;
- c) Innovative Ansätze und gute Beispiele im 2030-Prozess zwischen Praktikern, Experten und Aktivisten teilen.

Den Schwerpunkt seiner Aktivitäten legt A4SD auf die Unterstützung nationaler Gruppen beim Monitoring ihrer Regierungen im SDG-Umsetzungsprozess, der Mobilisierung der Öffentlichkeit und der Entwicklung eigener Kampagnen. Die praktische Arbeit des Netzwerks fand bisher hauptsächlich im Rahmen von zwei Projekten statt, die von der britischen und schweizerischen Regierung finanziert wurden.

Die von der britischen Entwicklungsbehörde DFID unterstützte *Leave No One Behind Partnership* hat sich zum Ziel gesetzt, Regierungen an ihre Verpflichtung aus der Agenda 2030 zu erinnern, „niemanden zurückzulassen.“ Die von CIVICUS und den britischen Consulting- und Kampagnenorganisationen Development Initiatives und Project Everyone getragene Partnerschaft konzentriert sich auf 30 Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.³⁰ Regierungen des Nordens werden in diesem Projekt nicht adressiert.

Mit Mitteln der schweizerischen Regierung werden 2018–2019 unter anderem die Öffentlichkeitsarbeit von A4SD und die Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Organisationen am HLPF unterstützt.

Die formelle Entscheidungsstruktur von A4SD umfasst das Koordinationsteam, das aus den vier Trägerorganisationen und dem globalen Koordinator besteht, eine beratende *Facilitation Group*, der neben den Trägerorganisationen sowohl Vertreter/innen regionaler als auch thematischer Netzwerke angehören, verschiedene Arbeitsgruppen sowie ein alle zwei Jahre tagendes Forum, an dem alle Mitglieder teilnehmen können.

Together 2030

Nachdem Beyond 2015, das zentrale zivilgesellschaftliche Netzwerk in der Aushandlungsphase der Agenda 2030 und der SDGs, seine Tätigkeit Ende 2015 eingestellt hatte, entschieden einige seiner Hauptprotagonisten, die Arbeit in einem Nachfolgenetzwerk unter dem Namen Together 2030 fortzusetzen.³¹ Ähnlich wie A4SD versteht sich auch Together 2030

³⁰ Vgl. <https://action4sd.org/leavenoonebehind/>.

³¹ www.together2030.org/about-us.

als aktionsorientierte Initiative, die zivilgesellschaftliche Organisationen darin unterstützen will, die Umsetzung der SDGs auf nationaler Ebene voranzutreiben.

Als seine Hauptziele nennt Together 2030:

- » To strengthen partnerships between civil society and stakeholders to support the effective implementation of Agenda 2030 and the SDGs.
- » To make the voices of people heard and have people holding governments accountable for the progress towards achieving Agenda 2030 and the SDGs at all levels.³²

Gegründet wurde Together 2030 von den Organisationen Cepei (Kolumbien), Justice, Development and Peace Commission – JDPC Ijebu-Ode (Nigeria), Philippine Social Enterprise Network (Philippinen), Save Matabeleland (Simbabwe), Sightsavers (Global) und World Vision (Global). Sie bilden gemeinsam mit einer Vertreterin der NGO Leonard Cheshire Disability das zentrale Entscheidungsgremium des Bündnisses (*Core Group*).

Together 2030 steht grundsätzlich allen zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich für die Agenda 2030 und die SDGs engagieren, offen. Im März 2018 standen auf der Mitgliederliste von Together 2030 595 Gruppen und Organisationen aus 103 Ländern, davon 71 Prozent aus Ländern des globalen Südens.³³ Die überwiegende Mehrzahl ist dem entwicklungs- und sozialpolitischen Bereich zuzuordnen.

Die praktischen Aktivitäten von Together 2030 blieben in den vergangenen zwei Jahren überschaubar. Das Netzwerk führte einige Webinare und Veranstaltungen im Rahmen des HLPF durch, präsentierte dort kurze Stellungnahmen und Positionspapiere und war an der Veröffentlichung mehrerer Studien beteiligt. Diese befassten sich mit der Beteiligung nichtstaatlicher Akteure an den VNRs,³⁴ der Rolle der Parlamente im 2030-Prozess³⁵ und dem Mapping zivilgesellschaftlicher Koalitionen in der SDG-Umsetzung.³⁶

In erster Linie geht es Together 2030 mit seinen Publikationen darum, die Beteiligungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Organisationen im SDG-Umsetzungsprozess auf nationaler Ebene zu stärken. Die Publikationen befassen sich hauptsächlich mit den Verfahren der Berichterstattung

³² www.together2030.org/join-us/.

³³ Vgl. www.together2030.org/wp-content/uploads/2018/03/March-2-2018-Together-2030-Public-List-of-Members-1.pdf.

³⁴ Vgl. Together 2030/Newcastle University (Hrsg.) (2018).

³⁵ Vgl. Together 2030 (2018a).

³⁶ Vgl. Together 2030 (2018b).

und Beteiligung, nicht aber mit der materiellen Politik der Regierungen und ihren Wirkungen.

Dies gilt auch für eine großangelegte Auswertung der Länderberichte, die beim HLPF 2017 präsentiert wurden. Sie wurde in Koproduktion von A4SD, Together 2030 und einer Reihe weiterer, überwiegend angelsächsischer NGOs erstellt und vom Canadian Council for International Co-operation im März 2018 veröffentlicht.³⁷ Die Studie untersucht schematisch, welche Verfahren und Governance-Strukturen es in den jeweiligen Ländern zur Umsetzung der Agenda 2030 gibt, in welchem Ausmaß gesellschaftliche Gruppen in die Erstellung der VNRs einbezogen wurden, über welche Themen und SDGs die Regierungen berichteten, und ob die jeweiligen VNRs den Berichtsstandards der UN entsprechen. Die eigentlichen Inhalte der Berichte und die Politiken der Regierungen mit ihren internen und externen Effekten für die Umsetzung der SDGs werden dagegen nicht analysiert und bewertet. Mit ihrem selektiven Fokus auf Formen und Verfahren der nationalen SDG-Umsetzung bleibt die Untersuchung oberflächlich und unpolitisch.

Auf die nach Ansicht mancher Gruppen unzureichende politische Auseinandersetzung mit der Agenda 2030 und den Umsetzungsstrategien der Regierungen, wie sie sich in den Aktivitäten von A4SD und Together 2030 widerspiegelt, reagierte die Civil Society Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development mit der Publikation eines jährlichen *Spotlight Reports*, der sich explizit mit den politischen Rahmenbedingungen, strukturellen Hindernissen der SDG-Umsetzung und der besonderen Verantwortung der reichen Länder des Nordens befasst (siehe Kasten 2).

Kasten 2

Politische Widersprüche überwinden – Globaler Spotlight Report 2018 fordert konsequente Nachhaltigkeitspolitik

Die Agenda 2030 mit ihrem Titel „Transformation unserer Welt“ formuliert den Auftrag an alle Regierungen, grundlegende Veränderungen in Politik und Gesellschaft anzustoßen. Aber viele Regierungen setzen seitdem weiterhin auf die Politikrezepte der Vergangenheit, indem sie die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen vorantreiben, Partnerschaften mit der Wirtschaft favorisieren und sich für Handels- und Investitionsabkommen stark machen, die in erster Linie den Interessen transnationaler Konzerne dienen. Durch den Verzicht auf effektive internationale Unternehmensregeln und die mangelnde Bereitschaft zur globalen Steuerkooperation haben sie, nicht zuletzt auf Druck der Wirtschaftslobby, ihren eigenen politischen Handlungsspielraum beschnitten.

37 Vgl. Canadian Council for International Co-operation (Hrsg.) (2018).

Das Problem ist dabei nicht der Mangel an finanziellen Ressourcen. Im Gegenteil, in den letzten Jahren haben wir weltweit ein massives Wachstum und eine Konzentration von Privat- und Firmenvermögen erlebt. Aber die gleichen fiskalischen und ordnungspolitischen Maßnahmen, die diese beispiellose Anhäufung von Reichtum ermöglicht haben, haben zur Schwächung des öffentlichen Sektors und zu wachsender sozioökonomischer Ungleichheit geführt.

Um die Agenda 2030 und ihre Ziele in die Tat umzusetzen, ist eine grundsätzliche Abkehr von dieser Politik notwendig. Zu diesem Ergebnis kommt ein internationales Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen und Gewerkschaften in seinem Spotlight Report 2018.³⁸ Das Bündnis plädiert für die Rückbesinnung auf eine pro-aktive Politik, die die Menschenrechte als normativen Rahmen anerkennt, für die Stärkung der öffentlichen Finanzen, die wirksame Regulierung und im Zweifelsfall Ablehnung öffentlich-privater Partnerschaften (PPPs) und für den Ausbau demokratischer Entscheidungsstrukturen auf allen Ebenen.

Die Umsetzung der Agenda 2030 und der SDGs darf dem Bericht zufolge nicht in der Nische der Umwelt- und Entwicklungspolitik verkümmern, sondern muss zur Chefsache erklärt werden und in der Politik der Regierungen oberste Priorität erhalten. Dass dies bisher nicht geschah, hat seine Ursache zweifellos auch in den Interessengegensätzen und Machtdisparitäten innerhalb und zwischen den Gesellschaften – aber diese sind nicht in Stein gemeißelt, sondern können verändert werden. Für alle Bereiche der Agenda 2030 gibt es bereits heute alternative Politikkonzepte, und es liegt an den progressiven Akteuren in Regierungen, Parlamenten, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft, diese mehrheitsfähig zu machen.

Der jährliche Report **Spotlight on Sustainable Development** will dazu einen Beitrag leisten. Er versteht sich als zivilgesellschaftlicher Schattenbericht zu den offiziellen Berichten von Regierungen und internationalen Organisationen über ihre Umsetzung der Agenda 2030 und der SDGs. Seine Autorinnen und Autoren kommen aus Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, Menschenrechtsgruppen, Gewerkschaften und Forschungseinrichtungen in allen Regionen der Erde.

Der Report wird herausgegeben von der **Civil Society Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development**, einem informellen Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Gruppen, in dem das Arab NGO Network for Development (ANND), das Center for Economic and Social Rights (CESR), die Frauenrechtsorganisation Development Alternatives with Women for a New Era (DAWN), das Global Policy Forum (GPF), die internationale Dienstleistungsgewerkschaft Public Services International (PSI), Social Watch, die Society for International Development (SID) und das Third World Network mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammenarbeiten.³⁹

38 Vgl. Civil Society Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development (2018).

39 Vgl. www.reflectiongroup.org.

2.2. Die regionale Ebene

Im Zuge verstärkter regionaler Integration und Kooperation der Regierungen haben sich auch Zusammenschlüsse zivilgesellschaftlicher Organisationen auf regionaler Ebene gebildet. Dieses Phänomen ist keineswegs neu, zum Teil existieren regionale Netzwerke bereits seit Jahrzehnten. So wurde beispielsweise das Europäische Umweltbüro (EEB), der Dachverband europäischer Umweltorganisationen, bereits 1974 gegründet, das European Network on Debt and Development (Eurodad) 1990, sein afrikanischer Counterpart Afrodad 1996 und Concord, der Zusammenschluss europäischer Entwicklungsorganisationen, 2003.

Als zwischen 2012 und 2015 eine Reihe regionaler Konsultationen über die künftige Entwicklungsagenda der UN und ihre Ziele stattfanden, löste dies eine neue Welle zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit und sektorübergreifender Vernetzung auf regionaler Ebene aus. Inzwischen gibt es in jeder Region mindestens ein zivilgesellschaftliches Netzwerk, das sich im SDG-Umsetzungsprozess neu gegründet hat oder das die Agenda 2030 zu einem Schwerpunkt seiner Arbeit erklärt hat. Im Rahmen des *MGoS HLPF Coordination Mechanism* und der *Facilitation Group* von A4SD arbeiten einige dieser regionalen Zusammenschlüsse auch auf globaler Ebene zusammen und dienen als Bindeglied zwischen der UN bzw. dem HLPF und den zivilgesellschaftlichen Gruppen in den jeweiligen Regionen. Dazu zählen insbesondere die folgenden Netzwerke:

Africa CSO Working Group on Sustainable Development

(www.africapost2015.org): Die Africa CSO Working Group wurde 2012 gegründet, um die Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen in Afrika im Post-2015-Prozess zu koordinieren. Das lose Netzwerk aus über 100 nationalen und regionalen Organisationen befasste sich seitdem neben der Agenda 2030 auch mit der afrikaspezifischen Agenda 2063, die von der Afrikanischen Union als Entwicklungsstrategie für die Jahre 2013–2063 verabschiedet worden war. Das Sekretariat der Arbeitsgruppe ist bei African Monitor in Kapstadt, Südafrika, angesiedelt. Nach diversen Aktivitäten in den Jahren 2014–2016 gab es allerdings seitdem keine eigenen Veröffentlichungen oder Veranstaltungen dieser Arbeitsgruppe.

Arab NGO Network for Development (ANND) (www.annd.org):

ANND ist ein Netzwerk zivilgesellschaftlicher Organisationen im arabischen Raum. Es wurde bereits 1997 gegründet und hat Mitglieder in 12 arabischen Ländern. Sein Sekretariat befindet sich in Beirut, Libanon. ANND fungiert als Ansprechpartner für regionale Organisationen im Umsetzungsprozess der Agenda 2030, insbesondere für die UN Economic and Social Commission for Western Asia (ESCWA). Außerdem unterstützt ANND seine Mitglieder bei der Mitwirkung an der Erstellung von VNRs und der Produktion eigener Berichte zur Umsetzung der

Agenda 2030 (z.B. In Ägypten, Jordanien, Libanon und Tunesien).⁴⁰ Seit 2018 koordiniert ANND die arabische Civil Society Platform on Agenda 2030, bislang hauptsächlich eine Internetplattform zum Austausch von Informationen über zivilgesellschaftliche Aktivitäten im 2030-Prozess im arabischen Raum (www.2030monitor.annd.org/index.php).

Asia Pacific Regional CSO Engagement Mechanism (AP-RCEM) (www.asiapacificrcem.org): AP-RCEM entstand nach der Rio+20-Konferenz 2012, um zivilgesellschaftliche Gruppen im asiatisch-pazifischen Raum in den Post-2015-Konsultationen besser zu vernetzen. Als grundsätzliches Ziel nannte das Netzwerk:

“[...] to develop better and more effective forms of engagement and participation. As was the intention with the mechanism all along, broader public engagement in sustainable development governance is an important primary objective, because it can lend necessary legitimacy and ownership of decisions and policies that governments make. Participation is in this sense an important democratic right and an intrinsic part of development justice. Beyond participation as an ‘end’ in itself, the purpose with the AP-RCEM is also to work towards better outcomes and better results of sustainable development processes, i.e. the intention that participation leads to better development results.”⁴¹

AP-RCEM hat in der Phase 2014–2015 eine ausdifferenzierte Organisationsstruktur geschaffen mit einem Koordinationsausschuss mit thematischen und sub-regionalen Focal Points, Arbeitsgruppen, einem Beirat und drei Ko-Vorsitzenden (Asia Pacific Forum on Women, Law and Development, Asia Pacific Research Network und Third World Network). Nach 2015 beteiligte sich AP-RCEM mit regional koordinierten Stellungnahmen am HLPF⁴² und war am Asia-Pacific Civil Society Forum on Sustainable Development im März 2018 in Bangkok beteiligt.

Asia Civil Society Partnership for Sustainable Development (APSD): Im August 2016 bildete sich APSD als Ergebnis eines regionalen Treffens zivilgesellschaftlicher Gruppen, das vom Global Call to Action against Poverty (GCAP)–Asia und der Asia Development Alliance (ADA) veranstaltet wurde. Die *Terms of Reference* beschreiben das Netzwerk folgendermaßen:

40 Vgl. www.2030monitor.annd.org/allReports.php?typeld=3.

41 <http://asiapacificrcem.org/about-rcem/what-is-the-rcem/objectives-of-rcem/>

42 Vgl. z.B. die Stellungnahme zum HLPF 2017 <https://sustainabledevelopment.un.org/index.php?page=view&type=30022&nr=738&menu=3170>.

“APSD is an open, inclusive and independent civil society platform of CSOs/NGO, social and grassroots movements in Asia, engaged in advocacy on issues related to sustainable development specially implementation of UN 2030 Agenda for Sustainable Development.”⁴³

Damit hat diese Partnerschaft ein ähnliches Selbstverständnis wie AP-RCM, wird aber von einer anderen *Constituency* getragen, die stärker mit den globalen Netzwerken GCAP, A4SD und Together 2030 in Verbindung steht. Eine zentrale Rolle spielt dabei ADA, die als Dachverband nationaler NGO-Plattformen in Asien fungiert. Sie wurde 2013 gegründet und verweist ebenfalls explizit auf die Agenda 2030 und die SDGs als ihren Referenzrahmen.⁴⁴ Damit existieren derzeit in Asien im 2030-Prozess mehrere parallel agierende (konkurrierende?) zivilgesellschaftliche Bündnisse mit sich überschneidender Mitgliedschaft und ähnlichen Mandaten.

Mesa de Articulación (<http://mesadearticulacion.org>): Diese Vereinigung von 17 nationalen und fünf regionalen NGO-Netzwerken in Lateinamerika und der Karibik entstand bereits 2006. Das Netzwerk befasst sich schwerpunktmäßig mit den politischen und strukturellen Rahmenbedingungen nachhaltiger Entwicklung in der Region. Dazu zählen die Handelspolitik, die Bekämpfung von Steuerflucht und Fragen der Demokratie und Rechtstaatlichkeit. Verglichen mit anderen NGO-Zusammenschlüssen erscheint Mesa de Articulación wesentlich „politischer“ und positioniert sich häufig in kritischer Distanz zu den Regierungen. In einer Stellungnahme zur ökonomischen, sozialen und politischen Krise in Lateinamerika und der Karibik vom August 2017 heißt es beispielsweise:

„Wir sind der Meinung, dass eine neue, radikal demokratische, ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Gesellschaft nur mit der Überwindung des neoliberalen Kapitalismus durch eine andere Form der Wirtschaft möglich sein wird, die auf Solidarität zwischen den Völkern, Respekt für die Umwelt und Achtung der Menschenrechte beruht. Diese Gesellschaft ist möglich, und wir werden darauf hinarbeiten sie aufzubauen.“⁴⁵

Im Zusammenhang mit der Agenda 2030 ist das Netzwerk als Mitglied des International Forum of National NGO Platforms (IFP/FIP) auf globaler Ebene an den Aktivitäten von A4SD beteiligt. Mitglieder des Netzwerks begleiten die Erstellung von VNRs in ihren Ländern und sind jedes Jahr beim HLPF präsent. Insgesamt spielen die Agenda 2030 und die SDGs in der Arbeit des Netzwerks allerdings bislang keine prominente Rolle.

43 http://ada2030.org/bbs/board.php?bo_table=res01&wr_id=26

44 Vgl. www.ada2030.org/theme/koreapr/01/com01.php.

45 <http://mesadearticulacion.org/declaraciones/posicionamiento-de-la-mesa-de-articulacion-sobre-la-tesis-economica-social-y-politica-en-america-latina-y-el-caribe-2/> (Übersetzung JM).

SDG Watch Europe (www.sdgwatcheurope.org): Mit dem expliziten Anspruch, die Umsetzung der SDGs innerhalb der EU und durch die EU zu begleiten, hat sich 2016 eine neue sektorübergreifende Allianz europäischer NGOs und Gewerkschaften gebildet. SDG Watch Europe hat rund 70 Mitgliedsorganisationen, die überwiegend aus dem entwicklungspolitischen, umweltpolitischen, sozialen und menschenrechtlichen Bereich kommen. Zu den Initiatoren und Wortführern von SDG Watch Europe zählen GCAP, EEB, IFP/FIP, Friends of the Earth Europe und Solidar. Sie bilden zusammen mit einigen anderen die Steuerungsgruppe des Netzwerks und koordinieren seine vier Arbeitsstränge: Lobbyarbeit und Politikkoordination, Monitoring und Überprüfung der SDG-Umsetzung, Mobilisierung der Öffentlichkeit sowie gemeinsames Lernen und Innovation.⁴⁶

Einen wesentlichen Teil seiner Aktivitäten bildet die Kampagne *Make Europe Sustainable For All* (<https://makeeuropesustainableforall.org/>), in der ein Konsortium aus 25 zivilgesellschaftlichen Gruppen und Verbänden aus 15 europäischen Ländern mit finanzieller Unterstützung durch die Europäische Kommission zusammenarbeiten.⁴⁷ Im Juni 2018 startete im Rahmen dieser Initiative eine spezielle Kampagne zum Thema Ungleichheit (SDG 10). SDG Watch Europe fungiert damit auch als Ort der Vernetzung und Koordination nationaler Initiativen, die sich in den verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten im SDG-Umsetzungsprozess gebildet haben.

2.3. Die nationale Ebene

Nachdem die Agenda 2030 im September 2015 verabschiedet worden war, entstanden in vielen Ländern zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich in unterschiedlichster Weise auf sie bezogen. Manche haben zum Ziel, die Agenda und ihre SDGs in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Andere begannen, mit eigenen Projekten zur praktischen Umsetzung der SDGs beizutragen. Wieder andere konzentrieren sich darauf, die Politik ihrer Regierungen zu beobachten, Forderungskataloge zu formulieren und in Schattenberichten zu den offiziellen VNRs die Fort- bzw. Rückschritte und politischen Hindernisse bei der Umsetzung der SDGs in ihren Ländern zu analysieren. Zum Teil geschieht dies im Rahmen von Initiativen einzelner Gruppen oder Netzwerke, zum Teil bildeten sich Ad-hoc-Bündnisse rund um ein spezifisches Produkt, z.B. einen gemeinsamen SDG-Bericht, zum Teil entstanden neue sektorübergreifende Koalitionen mit einem umfassenderen Mandat.

⁴⁶ Vgl. www.sdgwatcheurope.org/our-work/.

⁴⁷ Deutsche Projektpartner sind AWO International, das Forum Umwelt & Entwicklung und Women Engage for a Common Future (WECF) Deutschland.

Eine flächendeckende Bestandsaufnahme der unterschiedlichen Initiativen im SDG-Umsetzungsprozess gibt es bislang nicht. Erste, kleinere Untersuchungen, die auf Interviews zivilgesellschaftlicher Akteure beruhen, und eigene Recherchen von GPF (siehe die Zusammenstellung in Anhang 2) zeigen aber bereits, dass es Dutzende neuer Initiativen und Bündnisse rund um die SDGs in allen Regionen der Welt gibt.⁴⁸

Entstanden sind einige dieser Initiativen bereits im Vorbereitungsprozess der SDGs. Das gilt z.B. für die brasilianische Civil Society Working Group for the 2030 Agenda, die 2014 gegründet wurde, oder die nigerianische Civil Society Coalition on Sustainable Development (CSCSD), die aus der dortigen Campaign2015+ International hervorgegangen ist. Manche Bündnisse haben einen klaren inhaltlichen Fokus und eine entsprechend themenorientierte Mitgliedschaft, beispielsweise die Disability Alliance on SDGs in Bangladesch. In anderen Ländern haben sich sektorübergreifende Koalitionen gebildet, die das gesamte Themenspektrum der Agenda 2030 auch in ihrer Mitgliedschaft abbilden. So hat die CSO Platform on SDGs in Ghana rund 150 Mitgliedsorganisationen, darunter lokale Gruppen, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, religiöse Gruppen, Gewerkschaften und internationale NGOs. Sie arbeiten in 17 Untergruppen zu jedem der SDGs zusammen.

In einigen Ländern bildeten sich Arbeitsgruppen, um Beiträge zu den nationalen SDG-Berichten ihrer Regierungen zu erstellen oder eigene Schattenberichte (inzwischen gelegentlich nach dem Vorbild des entsprechenden internationalen Berichts als *Spotlight Report* bezeichnet) zu produzieren.

Auch in Deutschland hat sich zu diesem Zweck ein informelles Bündnis mit wechselnder Zusammensetzung gebildet, das seit 2016 unter dem Obertitel „Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda“ einen jährlichen SDG-Schattenbericht veröffentlicht.⁴⁹ Herausgeber des Berichts 2018 waren das CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, der Deutsche Bundesjugendring, der Deutsche Naturschutzring, das Forum Menschenrechte, das Forum Umwelt und Entwicklung, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, das Global Policy Forum, die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung und der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO).⁵⁰

Bereits Ende 2015 hatte eine Koalition aus rund 40 Organisationen unter Federführung des Forums Umwelt und Entwicklung ein Positionspapier zur Umsetzung der Agenda 2030 in und durch Deutschland vorgelegt.⁵¹

48 Vgl. zur NGO-Mobilisierung auf EU-Ebene Hege/Demilly (2018) und zum globalen Mapping zivilgesellschaftlicher Initiativen Together 2030 (2018b).

49 www.2030report.de.

50 Vgl. CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung et al. (Hrsg.) (2018).

51 Vgl. www.forumue.de/wp-content/uploads/2016/03/SDG_PP_Agenda_2030_Dt_16_03_16.pdf.

Ein kleinerer Kreis von Verbänden und Netzwerken unter Federführung von VENRO präsentierte wenig später „Vorschläge und Anforderungen an die Partizipation der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der Agenda 2030 in und durch Deutschland“.⁵² Im Juli 2016 veröffentlichten elf Dachverbände unter dem Titel „Für eine echte Transformation!“ einen Appell zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.⁵³

Im Jahre darauf folgte ein gemeinsamer Kommentar zu der neuen Strategie.⁵⁴ Diese und weitere Stellungnahmen waren das Ergebnis von sporadisch stattfindenden „Verbändetreffen“. Sie haben sich mittlerweile zum informellen „Netzwerk Agenda 2030“ weiterentwickelt, das gemeinsam vom Forum Umwelt und Entwicklung und VENRO koordiniert wird. Zu einer weitergehenden Institutionalisierung zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit im 2030-Prozess kam es auf Bundesebene bislang nicht.

In Österreich und in der Schweiz haben sich im Gegensatz dazu neue zivilgesellschaftliche Allianzen zur Agenda 2030 gebildet. In Österreich haben sich im September 2017 rund 130 Organisationen zu SDG Watch Austria zusammengeschlossen (<https://www.sdgwatch.at/de/>). Sie setzen sich gemeinsam für eine ambitionierte Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele in Österreich ein. Im Mai 2018 forderte SDG Watch Austria anlässlich seiner ersten Vollversammlung in einem Brief an Bundeskanzler Kurz ein „Ende des Stillstands bei der SDG-Umsetzung“ in Österreich.⁵⁵

Ebenfalls im September 2017 gründete sich in der Schweiz die Plattform Agenda 2030 (<https://plattformagenda2030.ch/>). Sie ist ein Zusammenschluss von rund 40 zivilgesellschaftlichen Akteuren aus den Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit, Umweltschutz, Gender, Frieden, nachhaltiges Wirtschaften und Gewerkschaften, die gemeinsam zur Umsetzung der Agenda 2030 in und durch die Schweiz beitragen wollen. Als grundsätzliche Ziele nennen sie:

- » „Die Organisationen der Plattform äußern sich nach Möglichkeit gemeinsam zu zentralen Fragen und Widersprüchen der Umsetzung der Agenda 2030. Sie erarbeiten Handlungsempfehlungen zur Umsetzung der Agenda 2030 zuhanden der Schweizer Politik und Verwaltungen, weiterer Entscheidungsträger_innen und der interessierten Öffentlichkeit.

52 http://venro.org/uploads/tx_igpublikationen/ZG_Partizipation_01.pdf.

53 www.forumue.de/wp-content/uploads/2016/07/NHS-Verb%C3%A4nde_Stellungnahme_final-20-07-16-UPDATE-LOGO.pdf.

54 Vgl. www.forumue.de/wp-content/uploads/2017/04/DNS_Stellungnahme_2017.pdf.

55 https://sdgwatchat-live-8893156df82d48b0bb53d2-309f0d2.aldryn-media.com/filer_public/1a/18/1a18a656-a7d8-461e-ab0a-dee931b08e68/sdg-watch-austria_umsetzungagenda2030_hbk_kurz_mai18.pdf.

- » Die Plattform ermöglicht einen strukturierten Dialog und Austausch zwischen unterschiedlichen Akteur_innen, fördert so die Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur_innen und ermöglicht Partnerschaften.
- » Durch den Austausch zwischen den Organisationen fördert sie den Einbezug von unterschiedlichen Perspektiven und trägt zum besseren Verständnis der Querverbindungen zwischen den SDG bei.
- » Die Plattform sensibilisiert und informiert zur Agenda 2030.⁵⁶

Parallel zum VNR der Schweizer Regierung, und auch als Kritik daran, veröffentlichte die Plattform Agenda 2030 im Juli 2018 einen eigenen Bericht unter dem Titel „Wie nachhaltig ist die Schweiz? Die Umsetzung der Agenda 2030 aus Sicht der Zivilgesellschaft“.⁵⁷

Bei der Schweizer Plattform Agenda 2030 handelt es sich um einen eigenständigen Verein mit Statuten, Vorstand und eigenem Budget. Er ist damit eines der am weitesten institutionalisierten nationalen Bündnisse im 2030-Prozess.

Praktisch alle Zusammenschlüsse der Zivilgesellschaft, die sich im Zusammenhang mit der Agenda 2030 gebildet haben, verstehen sich als regierungsunabhängig und halten eine mehr oder weniger kritische Distanz zur offiziellen Politik. Zugleich haben sie aber das Ziel, die Politik ihrer Regierungen zu beeinflussen, und erwarten, am SDG-Umsetzungsprozess aktiv beteiligt zu werden. Zahlreiche Regierungen haben zivilgesellschaftliche Interessengruppen in die Erstellung ihrer VNRs einbezogen, einige ihrer Vertreter/innen in die offizielle Delegation beim HLPF aufgenommen und sie zum Teil auch an den Präsentationen der nationalen Berichte in New York beteiligt. Das war auch bei Ländern der Fall, in denen der Handlungsspielraum für zivilgesellschaftliche Aktivitäten traditionell gering ist und zum Teil in den letzten Jahren weiter eingeschränkt wurde.

Dass die im 2030-Prozess häufig zur Schau gestellte Offenheit gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht unbedingt etwas mit der gesellschaftlichen Realität zu tun hat, ist im VNR der Türkei von 2016 besonders augenfällig. Angesichts der dortigen Menschenrechtsverletzungen und der Unterdrückung der Meinungsfreiheit mutet es zynisch an, wenn der türkische Bericht feststellt:

“The main objective is to constitute a social structure that respects all religious beliefs and life styles as a fundamental principle that is convenient for individuals and different segments of society to

⁵⁶ <https://plattformagenda2030.ch/wer-wir-sind/>.

⁵⁷ https://plattformagenda2030.ch/wp-content/uploads/2018/06/Plattform-Agenda-2030-Bericht_D-web.pdf.

express themselves freely through a pluralist perspective of liberal democracy. Fundamental rights and freedoms are to be continuously enhanced in the light of the universal criteria and practices. Within the framework of pluralist and participatory democratic political processes, strengthening mechanisms to get opinions and preserving the viewpoints of different social groups and NGOs are two of the main objectives.”⁵⁸

Saudi-Arabien demonstrierte seine Bereitschaft zur Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen beim HLPF 2018, indem bei der Präsentation des nationalen Berichts neben den Vertretern der Regierung auch ein Vertreter der Wirtschaft sowie die Prinzessin Banderi Al Saud, Generaldirektorin der King Khalid Foundation, als Vertreterin der Zivilgesellschaft auftraten. Im von Brot für die Welt und Civicus veröffentlichten „Atlas der Zivilgesellschaft“ wird Saudi-Arabien in die unterste Kategorie der „geschlossenen Länder“ eingestuft. Der Atlas beschreibt die Situation in diesen Ländern folgendermaßen:

„Der zivilgesellschaftliche Raum ist – in rechtlicher und praktischer Hinsicht – komplett geschlossen. Es herrscht eine Atmosphäre der Furcht, in der staatliche und mächtige nicht-staatliche Akteure ungestraft davonkommen, wenn sie Menschen für die Wahrnehmung ihrer Vereinigungs-, Versamlungs- und Meinungsfreiheiten inhaftieren, körperlich misshandeln oder töten. Jegliche Kritik am herrschenden Regime wird schwer bestraft. Es gibt keine Medienfreiheit. Das Internet ist stark zensiert und die meisten Webseiten sind geblockt.“⁵⁹

Allein die Mitwirkung gewisser zivilgesellschaftlicher Organisationen in den nationalen SDG-Umsetzungsprozessen und die Bildung neuer Allianzen sagt somit noch nichts darüber, ob und in welcher Weise sie politikverändernd im Sinne des Transformationsanspruchs der Agenda 2030 (oder eher regimestabilisierend) wirken. Dies verweist auf einige grundsätzlichere Fragen und Dilemmata, mit denen zivilgesellschaftliche Organisationen im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 konfrontiert sind. Auf sie wird im folgenden Kapitel näher eingegangen.

58 Vgl. <https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/107102030%20Agenda%20Turkey%20Report.pdf>, S. 23.

59 Brot für die Welt (Hrsg.) (2018), S. 11.

3. Probleme, Dilemmata und Chancen zivilgesellschaftlicher Organisationen im 2030-Prozess

Die Mobilisierungswirkung der Agenda 2030 und ihrer globalen Nachhaltigkeitsziele ist bemerkenswert. Wie die UN-eigene SDG Action Campaign berichtet, haben sich allein am weltweiten Aktionstag für die SDGs am 25. September 2018 mehr als eine Million Menschen in 1.297 Städten in 160 Ländern mit 1.752 Aktionen beteiligt.⁶⁰

Immer mehr zivilgesellschaftliche Organisationen nutzen den Umsetzungsprozess der Agenda 2030, um über den eigenen Tellerrand hinaus Allianzen zu schmieden. In über 40 Ländern haben sich bislang neue Arbeitszusammenhänge rund um die SDGs gebildet (siehe Anhang 2).

Trotz dieser Initiativen sind die SDGs in weiten Teilen der Bevölkerung nach wie vor unbekannt. Laut einer repräsentativen Meinungsumfrage der Welthungerhilfe vom September 2018 sind die SDGs 93 Prozent der deutschen Bevölkerung entweder nicht bekannt (44 Prozent) oder sie haben davon nur dem Namen nach (49 Prozent) gehört. Lediglich sieben Prozent der Befragten gaben an, dass sie sich mit den SDGs „ganz gut auskennen“ würden.⁶¹

Im öffentlichen Diskurs spielt die Agenda 2030 mit ihrem hehren Ziel, „bis 2030 eine Transformation der Welt zum Besseren herbeizuführen,“⁶² bislang kaum eine Rolle. In vielen Ländern wird der Diskurs derzeit eher beeinflusst von rechtsnationalen oder fundamentalreligiösen Bewegungen, von der Alt-Right-Bewegung in den USA bis zu neo-evangelikalen Sekten in Lateinamerika. In ihrem Dunstkreis haben in einer wachsenden Zahl von Staaten autoritäre Regime die Macht erlangt oder gefestigt. Häufig verfolgen sie einen nationalistischen, fremdenfeindlichen Kurs, der im diametralen Gegensatz zu den Zielen der Agenda 2030 steht.

Angesichts dieser widersprüchlichen Trends stellt sich für zivilgesellschaftliche Organisationen die grundsätzliche Frage nach der politischen Relevanz der Agenda 2030 und ihrer breiteren Mobilisierungswirkung. Daneben sind zivilgesellschaftliche Organisationen im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 mit einer Reihe weiterer Fragen konfrontiert, mit denen sie sich (selbst-)kritisch auseinandersetzen sollten:

60 <http://act4sdgs.org/>.

61 Deutsche Welthungerhilfe (2018), S. 19.

62 Vereinte Nationen (2015), Pkt. 91.

1. Ist die Agenda 2030 ein relevanter politischer Referenzrahmen für zivilgesellschaftliches Handeln?

Angesichts der Themen, die die Schlagzeilen der Medien und die politischen Debatten bestimmen (von Brexit über Syrienkrise und internationale Handelskonflikte bis zur Migrationspolitik), scheint die realpolitische Relevanz der Agenda 2030 begrenzt zu sein. Gleiches gilt für die zuständigen Institutionen innerhalb des UN-Systems. In der Weltpolitik spielt die Musik weiterhin eher bei den Gipfeln der G20 und den Jahrestagungen von Internationalem Währungsfonds und Weltbank als beim Hochrangigen Politischen Forum (HLPF) der UN.

Andererseits gewinnen die Themen und Ideen der Agenda 2030 in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durchaus an Bedeutung, auch in Deutschland. Beispielhaft zeigt sich dies an der öffentlichen Mobilisierung rund um den Braunkohleabbau am Hambacher Forst, der Großdemonstration unter dem Motto „Unteilbar (#unteilbar) – Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung“ im Oktober 2018 in Berlin, oder auch am Appell von Bundesaußenminister Heiko Maas vom August 2018, eine „Allianz für den Multilateralismus“ zu schaffen.⁶³ All diese Aktivitäten kamen allerdings ohne explizite Verweise auf die Agenda 2030 und die SDGs aus.

Wie rasch Themen der Agenda 2030 ins Zentrum der politischen und medialen Aufmerksamkeit rücken können, zeigt der globale Migrationspakt der UN. Er ist die Antwort der Staatengemeinschaft auf den Auftrag des SDG 10.7, „eine geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen [zu] erleichtern, unter anderem durch die Anwendung einer planvollen und gut gesteuerten Migrationspolitik.“ Der Pakt unterstreicht einmal mehr die politische Relevanz multilateralen Agierens – und stößt gerade deswegen in nationalistischen Kreisen auf Kritik.

Die Agenda 2030 hat das politische Potential, als Gegenmodell gegen nationale Borniertheit und als „Kompass“ (BMZ) für den notwendigen Wandel in allen Politikfeldern zu dienen. Bislang wurde dieses Potential weder von der Politik noch von der Zivilgesellschaft ausgeschöpft.

Zivilgesellschaftliche Gruppen sollten angesichts der bisherigen Erfahrungen prüfen, auf welche Weise sie sich in den politischen Auseinandersetzungen über sozial-ökologische Transformationsprozesse systematischer auf die Agenda 2030 und ihre Nachhaltigkeitsziele als Referenzrahmen beziehen können.

63 www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-allianz-multilateralisten/2129908.

2. Wie können zivilgesellschaftliche Organisationen dem Kohärenzanspruch der Agenda 2030 gerecht werden?

Die Umsetzung der Agenda 2030 erfordert von den Regierungen, Silodenken zu überwinden und kohärentes Agieren über Ressortgrenzen hinweg zu fördern. Die Agenda 2030 soll das gesamte Regierungshandeln prägen (und nicht nur das der Umwelt- und Entwicklungsministerien). Gefordert wird ein „*Whole of Government*“-Ansatz, um der Komplexität der Agenda 2030 und der Interdependenz ihrer Ziele gerecht zu werden. Auch die Bundesregierung postuliert mit Verweis auf die Agenda 2030 Nachhaltigkeit als politisches Leitprinzip und „Ziel und Maßstab des Regierungshandelns“ auf allen Ebenen und in sämtlichen Politikfeldern.⁶⁴

Die Forderung, das Silodenken zu überwinden, lässt aber auch zivilgesellschaftliche Gruppen nicht unberührt, denn auch sie agieren meist in thematischen Silos; ihr Institutionengefüge und ihre Aktionsfelder sind sektoral fragmentiert. Umweltgruppen, Entwicklungsorganisationen, Sozialverbände, Gewerkschaften, Friedensinitiativen und Menschenrechtsorganisationen konzentrieren sich naturgemäß auf ihre jeweilige Domäne und organisieren sich traditionell in ihren thematischen Dachverbänden. Die Konsequenz aus dem Kohärenzgebot der Agenda 2030 darf nun selbstverständlich nicht lauten, dass sich künftig Alle um Alles kümmern müssen. Allein um Regierungen und Wirtschaft Paroli bieten zu können, ist eine fachliche Spezialisierung einzelner Gruppen und Verbände erforderlich. Die Frage lautet vielmehr, wie zivilgesellschaftliche Organisationen einerseits den Erfordernissen nach fachlicher Spezialisierung und andererseits den eigenen Ansprüchen nach ganzheitlichen, sektorübergreifenden Perspektiven gerecht werden können. Wie können zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Zusammenarbeit und Netzwerkarbeit von der kommunalen bis zur globalen Ebene die Komplexität der Agenda 2030 berücksichtigen? Wie könnte ein „*Whole of Civil Society*“-Ansatz auf den jeweiligen Ebenen aussehen? Wo sind die zivilgesellschaftlichen Orte zur kohärenten Begleitung der Agenda 2030?

3. Wie kann die Bekanntheit der Agenda 2030 gesteigert werden, ohne ihre Botschaften zu banalisieren?

Die Agenda 2030 ist von diplomatischem Jargon und abstrakten Begriffen wie „Nachhaltigkeit“ oder „Transformation“ geprägt, die einer breiteren Öffentlichkeit nur schwer vermittelbar sind. Zudem sind differenzierte Analysen, komplexe Zusammenhänge und die damit verbundenen politischen Forderungen, etwa nach neuen Schulden-tragfähigkeitskriterien oder innovativen Finanzierungsinstrumenten,

64 Bundesregierung (2017), S. 242.

zweifellos schwerer kommunizierbar als simple Aufrufe, den Armen zu helfen oder den Hunger in der Welt zu bekämpfen. Um der breiteren Öffentlichkeitswirkung willen reduzieren daher zuweilen zivilgesellschaftliche Akteure die politischen Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit oder der Verringerung ökonomischer Ungleichheiten, wie sie in der Agenda 2030 erhoben werden, zu karitativen Appellen und medienwirksamen aber inhaltsarmen Aktionen.

So bauten beispielsweise im Januar 2015 Aktivist/innen der Kampagne action/2015 beim Weltwirtschaftsforum in Davos 193 Schneemänner mit Schals in den Landesfarben jedes UN-Mitgliedsstaates, zwischen denen Prominente wie Bill Gates, Richard Branson und Bono Selfies produzierten, um damit ein Zeichen gegen Armut und Klimawandel zu setzen (#snowmanselfie).⁶⁵

Befördert wird diese Art der Entpolitisierung (oder Banalisierung) der SDGs durch wohlmeinende Prominente und Teile der Massenmedien, die stets auf der Suche nach bunten Bildern und simplen Botschaften sind. Um der Faustregel „je flacher die Botschaft, desto breiter die Unterstützung“ entgegenzuwirken, brauchen zivilgesellschaftliche Organisationen freilich nicht auf die Unterstützung durch Prominente und Medien verzichten. Vielmehr sollten sie durch Informationsarbeit und Bewusstseinsbildung versuchen, den Grad an Informiertheit und politischem Problembewusstsein bei den Unterstützer/innen der SDGs zu erhöhen. Außerdem sind sie gefordert, in ihrer Arbeit gerade die strukturellen Aspekte und die politischen Rahmenbedingungen der SDG-Umsetzung zu adressieren. Die Entscheidung des weltweiten Anti-Armutsbündnisses GCAP, die Reduzierung von Ungleichheit zu einem prioritären Kampagnenthema zu machen, ist ein Schritt in diese Richtung.⁶⁶

4. Wie können sektorübergreifende Bündnisse zu den SDGs geschaffen werden, ohne dass sich ihre Botschaften wechselseitig neutralisieren?

Je breiter das Spektrum der Unterstützer/innen der SDGs, desto größer auch deren politische Differenzen. So werden beispielsweise Forderungen von Frauenorganisationen und feministischen Gruppen nach aktiver Bevölkerungspolitik und der Förderung reproduktiver Gesundheit (SDG 3 und 5) von katholischen NGOs abgelehnt. US-amerikanische Gruppen blockieren Vorschläge für internationale Steuern und Abgaben, wie sie von vielen europäischen NGOs formuliert wurden. In Deutschland ist das Maß an inhaltlicher Übereinstimmung zwischen der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)

⁶⁵ Vgl. www.project-everyone.org/case-studies/davos/.

⁶⁶ <https://gcap.global/faces-of-inequality/>.

und den Umweltverbänden in Fragen der Klima- und Energiepolitik (SDGs 7 und 13) äußerst begrenzt.

Die Konsequenz daraus sollte aber nicht lauten, im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 auf Bündnisse derart ungleicher Partner grundsätzlich zu verzichten. Vielmehr sollten sich die Partner in einem relativ breiten und inhomogenen Bündnis nicht auf die Formulierung umfangreicher Konsenspapiere einlassen. Denn dies führt dazu, dass zivilgesellschaftliche Akteure spiegelbildlich zu ihren Regierungen in „diplomatische Verhandlungen“ zueinander treten und sich am Ende bestenfalls auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen. Diese Erfahrung haben auch die *Major Groups and other Stakeholders* im Rahmen des HLPF gemacht, wo sie wiederholt vom UN-Sekretariat aufgefordert wurden, „mit einer Stimme“ zu sprechen – für ein Akteursspektrum, das von globalen Wirtschaftsverbänden bis zu Kleinbauernvereinigungen und indigenen Völkern reicht, ein nahezu aussichtsloses Unterfangen.

Stattdessen scheint es effektiver, dass sich die beteiligten Gruppen auf wenige aussagekräftige politische Kernbotschaften konzentrieren und ansonsten den Schwerpunkt auf gemeinsame öffentlichkeitswirksame Aktivitäten legen. Zugleich könnten heterogene Partner, wie bestimmte Industriegewerkschaften und Umweltgruppen, die Agenda 2030 auch als Referenzrahmen nutzen, um in strittigen Fragen wie dem Kohleausstieg zivilgesellschaftliche Konsensmöglichkeiten auszuloten.

5. Wie kann Machtasymmetrien innerhalb der globalen Zivilgesellschaft entgegengewirkt werden?

Die zivilgesellschaftlichen Kampagnen, die sich auf globaler Ebene mit der Umsetzung der SDGs befassen, werden maßgeblich von hochprofessionellen Campaigner/innen und PR-Expert/innen britischer und US-amerikanischer Initiativen und großer internationaler NGOs geprägt (Project Everyone, Global Citizen, World Vision, Save the Children u.a.).

Ein besonders augenfälliges Beispiel sind die „offiziellen“ SDG-Piktogramme der UN. Die 17 bunten „SDG-Kacheln“ wurden nicht im Auftrag des UN-Sekretariats entwickelt, sondern von der New Yorker Designfirma Trollbäck + Company (<https://trollback.com>) im Auftrag der britischen Kampagnenorganisation Project Everyone (www.project-everyone.org).⁶⁷ Somit besitzt Project Everyone (und nicht die UN) die Nutzungsrechte an den SDG-Piktogrammen und hat

67 Project Everyone wurde 2015 auf Initiative des Filmemachers und Drehbuchautors Richard Curtis („Mr. Bean“, „Notting Hill“, „Vier Hochzeiten und ein Todesfall“ u.v.a.) gegründet.

diese der UN und der allgemeinen Öffentlichkeit mittels einer Creative Commons-Lizenz (CC BY-SA 3.0) zur Verfügung gestellt.⁶⁸ In diesem Zusammenhang hat Project Everyone auch kleine, aber nicht unerhebliche, Änderungen an den SDG-Begrifflichkeiten vorgenommen. Der Begriff der „Nachhaltigkeit“ wurde dabei fast vollständig eliminiert. Aus den „Sustainable Development Goals“ wurden „Global Goals“ (www.globalgoals.org), SDG 7 („ensure access to affordable, reliable, sustainable and modern energy for all“) wurde zu „affordable and clean energy“ reduziert, und in SDG 12 wurde aus „sustainable consumptions and production patterns“ „responsible consumption and production.“

Erheblichen Einfluss auf die Deutungshoheit über die Agenda 2030 haben auch die vom US-Milliardär Ted Turner gegründete UN Foundation⁶⁹ und die Bill & Melinda Gates Foundation. Sie finanzieren mit Millionenbeträgen die Öffentlichkeitsarbeit von UN und Zivilgesellschaft zu den SDGs (und entscheiden damit auch darüber, welche Aktivitäten gefördert werden und welche nicht). Die Machtasymmetrien zwischen den Regierungen von Industrie- und Entwicklungsländern zeigen sich im 2030-Prozess spiegelbildlich auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene.

Zivilgesellschaftliche Wortführer, etwa im Umfeld von Action for Sustainable Development und Together 2030, sind sich dieses Problems durchaus bewusst und haben von Anfang an versucht, Gruppen und Organisationen aus dem globalen Süden gezielt in ihre Kampagnen einzubeziehen. Aber auch der Akt des „Einbeziehens“ impliziert zwangsläufig, dass es Subjekte gibt, die „einbeziehen“, und Objekte, die „einbezogen werden“.

Einige Gruppen und Netzwerke aus dem globalen Süden haben sich inzwischen allerdings selbstbewusst aus dieser Rollenverteilung gelöst und im SDG-Prozess eine aktive Führungsrolle übernommen, etwa im Rahmen der Women’s Major Group (www.womenmajorgroup.org). Dauerhaft kann gegen die Dominanz von finanzkräftigen NGOs aus dem Norden nur gegengesteuert werden, wenn in langfristigen Kooperationsstrukturen und Diskussionszusammenhängen zivilgesellschaftliche Organisationen aus dem Süden gleichberechtigt das Sagen haben und in ausreichendem Umfang über eigenständig mobilisierte finanzielle Ressourcen verfügen.

68 <https://www.globalgoals.org/asset-licence>.

69 Vgl. Adams/Martens (2018).

6. Wie können zivilgesellschaftliche Organisationen die Finanzierung ihrer SDG-Aktivitäten sicherstellen, ohne in eine vollständige Abhängigkeit von öffentlichen Geldgebern zu geraten?

Zivilgesellschaftliche Akteure benötigen zur Verwirklichung ihrer Aufgaben Geld. Die Mittel bekommen sie von ihren eigenen Mitgliedern und Spendern, von öffentlichen Geldgebern und privaten Stiftungen. Da der „Spendenmarkt“ heftig umkämpft ist und die Mitgliederzahlen bei nichtstaatlichen Organisationen und Vereinen eher rückläufig sind, steigt der Finanzierungsbedarf über öffentliche Stellen und private Stiftungen. Damit steigt aber auch die Abhängigkeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen von diesen Geldgebern.

Da die Mittelvergabe naturgemäß zweckgebunden erfolgt, haben auf internationaler Ebene die großen Geldgeber, wie zum Beispiel die Europäische Kommission, die britische Entwicklungsbehörde DFID oder die schwedische Behörde für Entwicklungszusammenarbeit SIDA, einen maßgeblichen Einfluss darauf, welche zivilgesellschaftlichen Aktivitäten gefördert werden. Dies gilt auch für den SDG-Umsetzungsprozess. Da die Fördermittel regelmäßig nur projektgebunden für begrenzte Laufzeiten von ein bis drei Jahren vergeben werden, wird eine längerfristige Planung, wie sie gerade mit Blick auf die Agenda 2030 sinnvoll wäre, erschwert.

Um ihre Chancen auf die Bewilligung von Fördermitteln zu erhöhen, verzichten manche zivilgesellschaftliche Gruppen auf allzu harsche Regierungskritik und präsentieren sich eher als „Partner“ oder gar „implementing agencies“ der Regierungen.

Gelegentlich haben Regierungen im SDG-Umsetzungsprozess inzwischen auch eigene Agenturen geschaffen, die quasi-zivilgesellschaftliche Aufgaben übernehmen. Dazu zählt auf globaler Ebene etwa die schon erwähnte UN SDG Action Campaign (<https://sdgactioncampaign.org/>), die auf Initiative des UN-Generalsekretärs entstand, um Menschen in aller Welt zur Unterstützung der SDGs zu motivieren.

In Deutschland wurden auf Initiative des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) und finanziert von der Bundesregierung Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN) geschaffen, die nicht-staatliche Akteure im SDG-Umsetzungsprozess vernetzen und ihren Informationsaustausch fördern sollen.

Die verstärkte öffentliche Finanzierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten im SDG-Umsetzungsprozess ist zunächst grundsätzlich zu begrüßen. Es muss aus zivilgesellschaftlicher Sicht allerdings (selbst)kritisch geprüft werden, inwieweit öffentliche Stellen dadurch Einfluss

auf die Programmatik und Prioritätensetzung der geförderten Gruppen nehmen und diese Gefahr laufen, ihre politische Unabhängigkeit zu verlieren. Außerdem ist zu prüfen, ob es durch die Auflagen der staatlichen Financiers zu einer Verlagerung zu Projekten kommt, mit denen gegenüber den Geldgebern kurzfristige und quantitativ messbare Erfolge präsentiert werden können – auf Kosten von strukturellen Maßnahmen, für die ein „langer Atem“ erforderlich wäre.

7. Wie kann der Vereinnahmung zivilgesellschaftlicher Organisationen und einem „participation overkill“ entgegengewirkt werden?

Viele Regierungen und internationale Organisationen haben im Zusammenhang mit der Agenda 2030 neue Formen der Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen entwickelt. Die verstärkte Einbindung der Zivilgesellschaft im Rahmen von Dialogveranstaltungen, ihre Beteiligung an den *Voluntary National Reviews* im Rahmen des HLPFs und größere Transparenz in der Informationspolitik dienen u.a. dazu, die gesellschaftliche Unterstützung für die Agenda 2030 und ihre weltweite Umsetzung zu erhöhen. Sie haben aber sicherlich auch den Zweck, Regierungskritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen und die Legitimation staatlichen Handelns zu erhöhen.

Dabei besteht allerdings die Gefahr, dass unter dem Deckmäntelchen oberflächlicher Partizipation und Transparenz gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen strukturelle Demokratiedefizite verschleiert werden – etwa in Hinblick auf das ungleiche Kräfteverhältnis der Staaten untereinander und die geringen internationalen Gestaltungs- und Kontrollfunktionen der nationalen Parlamente.

Auch in Deutschland entstanden im Zusammenhang mit der Agenda 2030 neue Konsultationsprozesse und Dialogforen zwischen nicht-staatlichen Akteuren und Ministerien, etwa im Rahmen der Begleitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Dadurch erhöhte sich zwar die Taktzahl der Begegnungen zwischen Regierung und Zivilgesellschaft, ob dies jedoch zu einer substantiell stärkeren Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Positionen in der Politik der Bundesregierung geführt hat, ist ungewiss.

Skeptiker warnen bereits seit Jahren angesichts der boomenden Beteiligungsangebote für die Zivilgesellschaft auf deutscher, europäischer und globaler Ebene vor einem „participation overkill“. Sie befürchten, dass NGOs vor lauter Partizipieren ihre eigene Agenda aus dem Blick verlieren würden. Partizipation ohne klare politische Strategie und die vorherige Definition der eigenen Agenda kann jedoch schnell in blinden Aktionismus ausarten und fördert allenfalls die Illusion von Einfluss bei den Partizipierenden.

Fazit: Die Chancen des SDG-Prozesses nutzen

All diese Fragen verweisen auf grundsätzliche Probleme und Dilemmata, mit denen zivilgesellschaftliche Organisationen nicht erst seit der Verabschiedung der Agenda 2030 konfrontiert sind. Einige dieser Fragen wurden bereits in den vergangenen 20 Jahren in unterschiedlichen internationalen Zusammenhängen diskutiert, beispielsweise im Rahmen der Weltsozialforen (<https://wsf2018.org/en>) oder von Initiativen wie Smart CSOs Lab (www.smart-csos.org). Auch in Deutschland fanden in den letzten Jahren informelle Ratschläge statt, die sich mit den Schwierigkeiten und „neuen Formen zivilgesellschaftlichen Engagements in Zeiten der Großen Transformation“ befassen.⁷⁰ Der Umsetzungsprozess der Agenda 2030 mit ihrem interdisziplinären Anspruch und die Dynamiken, die er bereits vielerorts ausgelöst hat, bieten nun neue Chancen, um sich mit diesen Fragen auf allen Ebenen zivilgesellschaftlichen Engagements – von der lokalen bis zur globalen Ebene – zu befassen.

Darüber hinaus bietet der Umsetzungsprozess der Agenda 2030 die Chance, zivilgesellschaftliche Kräfte zu bündeln, nicht zuletzt um dadurch reaktionären, nationalchauvinistischen Tendenzen wirkungsvoll zu begegnen.

Schließlich können zivilgesellschaftliche Organisationen in neuen Allianzen mit gutem Beispiel vorangehen und gegenüber der Politik unter Beweis stellen, dass interdisziplinäre Zusammenarbeit im Sinne des ganzheitlichen Ansatzes der Agenda 2030 möglich ist.

Bisherige Erfahrungen mit der Bildung zivilgesellschaftlicher Bündnisse und Netzwerke im SDG-Umsetzungsprozess zeigen allerdings, dass einige grundsätzliche Bedingungen erfüllt sein sollten, damit derartige Vorhaben Aussicht auf Erfolg haben. Eine pragmatische Checkliste für die Bildung zivilgesellschaftlicher SDG-Allianzen (oder auch von Allianzen für die sozial-ökologische Transformation) könnte – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – die folgenden sechs Punkte umfassen:

1. Interdisziplinäre Beteiligung: Ein wesentlicher Mehrwert der Agenda 2030 besteht in ihrem ganzheitlichen Ansatz, der nahezu alle Themenbereiche gesellschaftlicher Entwicklung umfasst. Um dem interdisziplinären Anspruch der Agenda 2030 gerecht zu werden, sollte ein entsprechendes zivilgesellschaftliches Bündnis diese Themenbreite im Spektrum der beteiligten Gruppen und Organisationen widerspiegeln. Dazu zählen unter anderem Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, Gewerkschaften, Sozialverbände, Friedensgruppen, Menschenrechtsorganisationen, wissenschaftliche Einrichtungen und Kulturschaffende. Das soll nicht heißen, dass eine neue Allianz nur

70 So der Titel eines Thesenpapiers von Fuhr et al. (2013).

dann gebildet werden kann, wenn sie von vorneherein die gesamte Themenpalette der Agenda 2030 abdeckt. Eine breite interdisziplinäre Beteiligung sollte aber aktiv angestrebt werden. Dabei sollte auf bestehenden Kooperationen aufgebaut werden, um Parallelstrukturen zu vermeiden.

- 2. Unterstützung der Leitungsgremien:** Die interdisziplinäre Zusammenarbeit im SDG-Umsetzungsprozess kann nur dann politische Wirkung entfalten, wenn sie auch von den Spitzen der beteiligten Organisationen und Verbände unterstützt wird. Die Kooperation auf der „Arbeitsebene“ kann zweifellos einen wichtigen ersten Schritt bilden. Gegenüber Politik, Medien und Öffentlichkeit ist das Projekt einer SDG-Allianz jedoch wesentlich glaubwürdiger, wenn es die Leitungsgremien wichtiger Verbände und Gewerkschaften zur Chefsache erklären. Sie können nicht zuletzt auch für die notwendige (regierungsunabhängige) Finanzierung der Zusammenarbeit sorgen.
- 3. Gemeinsame Strategie:** Auch wenn es erfahrungsgemäß wenig ergiebig ist, dass breite gesellschaftliche Bündnisse detaillierte Konsenspapiere aushandeln, so ist eine Verständigung über gemeinsame Ziele unabdingbar. Ein Strategiepapier zur Zusammenarbeit im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 sollte zumindest den grundsätzlichen Zweck der Kooperation, ihre zeitliche Perspektive und die wesentlichen politischen Ziele definieren. Dies ist nicht zuletzt deswegen erforderlich, um gegenüber Politik, Medien und Öffentlichkeit die Frage beantworten zu können, wofür das neue Bündnis eigentlich steht.
- 4. Mindestmaß an Institutionalisierung:** Um die Verbindlichkeit und Arbeitsfähigkeit der Kooperation auf längere Sicht zu gewährleisten, ist ein Mindestmaß an institutionellen Strukturen für eine neue SDG-Allianz unvermeidlich. Das muss nicht bedeuten, ein Zentralkomitee zu gründen oder sich in Geschäftsordnungsdebatten zu verzetteln. Um den Ansprüchen gerecht zu werden, wie sie die Agenda 2030 für die Regierungen beispielsweise in SDG 16 formuliert (SDG 16.7. plädiert dafür zu sorgen, „dass die Entscheidungsfindung auf allen Ebenen bedarfsorientiert, inklusiv, partizipatorisch und repräsentativ ist“), sollte auch ein zivilgesellschaftliches Bündnis über transparente und partizipatorische Entscheidungsstrukturen verfügen.
- 5. Regelmäßige Treffpunkte:** Bislang gibt es weder auf lokaler oder Bundesebene, noch im Rahmen der Vereinten Nationen eigenständig organisierte zivilgesellschaftliche Orte für regelmäßige Debatten über die Themen der Agenda 2030. Gemeinsame Treffpunkte über Sektoren hinweg wären aber wichtig, um voneinander zu lernen, Strategien zu diskutieren sowie Zielkonflikte und politische Differenzen zu erörtern. In der Vergangenheit erfüllten die Weltsozialforen bzw. die regionalen und nationalen Sozialforen zum Teil solche Funktionen,

bewegten sich aber oft bewusst auf Distanz zur politischen Agenda der Vereinten Nationen. Wären im SDG-Prozess nicht selbstorganisierte „HLPFs der Zivilgesellschaft“ wünschenswert – und dies nicht nur auf globaler, sondern auch auf nationaler und lokaler Ebene?

- 6. Öffentlichkeitswirksame Aktionen/Produkte:** Die Schaffung eines interdisziplinären Bündnisses entfaltet sicherlich Wirkungen „nach innen“, d.h. in die beteiligten Gruppen und Organisationen hinein. Um im SDG-Prozess aber auch „nach außen“ gegenüber Politik und Öffentlichkeit sichtbar zu sein, sind medienwirksame Aktivitäten erforderlich. Sie können in gemeinsamen Aktionen (Demonstrationen, Unterschriftenaktion u.ä.) und in gemeinsamen Produkten bestehen. Ein Beispiel ist die Publikation gemeinsamer Schattenberichte zur Umsetzung der Agenda 2030. Mittlerweile haben Koalitionen in zahlreichen Ländern und auf globaler Ebene derartige Berichte im Umfeld der VNRs ihrer Regierungen und des HLPF produziert. Solche Schattenberichte (oder auch „Spotlight Reports“) sind nicht nur ein Instrument der Öffentlichkeitsarbeit und der zivilgesellschaftlichen Artikulation gegenüber Regierungen und UN, sondern bieten auch den Anlass für die (Weiter-)Entwicklung gemeinsamer Positionen und die Formulierung alternativer Politikkonzepte, wie sie zur Verwirklichung der Agenda 2030 und ihrer Ziele weiterhin dringend erforderlich sind.

Literatur

Action for Sustainable Development (2018): Strategic Plan 2018–2020.

<https://action4sd.org/wp-content/uploads/2018/08/A4SD-Strategic-Plan-2018-20.pdf>

Adams, Barbara/Martens, Jens (2018): The UN Foundation – A foundation for the UN? Bonn/New York: Global Policy Forum/Rosa-Luxemburg-Stiftung – New York Office.

www.globalpolicy.org/images/pdfs/The_UN_Foundation_online.pdf

Adams, Barbara/Pingeot, Lou (2013): Strengthening Public Participation at the United Nations for Sustainable Development: Dialogue, Debate, Dissent, Deliberation. Study for UN DESA / DSD Major Groups Programme. New York.

www.globalpolicy.org/images/pdfs/images/pdfs/UNDESA_MGs__Report.pdf

African Civil Society Circle (2016): The Roles of Civil Society in Localising the Sustainable Development Goals.

www.gppi.net/fileadmin/user_upload/media/pub/2016/KAS_CS0_2016_Localizing_SDGs.pdf

Brimont, Laura/Hege, Elisabeth (2017): SDGs and the private sector: through the eyes of NGOs

www.iddri.org/en/publications-and-events/blog-post/sdgs-and-private-sector-through-eyes-ngos

Brot für die Welt (Hrsg.) (2018): Atlas der Zivilgesellschaft. Berlin.

www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Atlas_d_zivilgesellschaft/Brot_fuer_die_Welt_Atlas_der_Zivilgesellschaft.pdf

Bundesregierung (2018): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Aktualisierung 2018. Berlin.

www.bundesregierung.de/resource/blob/975274/1546450/65089964ed4a2ab07ca8a4919e09e0af/2018-11-07-aktualisierung-dns-2018-data.pdf

Bundesregierung (2017): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2016. Neuauflage. Berlin.

www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/Bestellservice/Deutsche_Nachhaltigkeitsstrategie_Neuauflage_2016.pdf?__blob=publicationFile&v=11

Canadian Council for International Co-operation (Hrsg.) (2018): Progressing national SDGs implementation: An independent assessment of the voluntary national review reports submitted to the United Nations High-level Political Forum on Sustainable Development in 2017. The Second Edition in an annual series commissioned by civil society organisations. Ottawa.

<https://ccic.ca/wp-content/uploads/bsk-pdf-manager/2018/05/Full-report-Eng.pdf>

Cardama, Maruxa (2015): Beyond 2015 Campaign. Final Evaluation. Beyond 2015 International Secretariat.

www.together2030.org/archive/www.beyond2015.org/sites/default/files/Beyond2015finalevaluation_LongEN_final_10Feb2016.pdf

Civil Society Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development

(2018): Spotlight on Sustainable Development 2018. Exploring new policy pathways.

Beirut/Bonn/Ferney-Voltaire/Monteideo/New York/Penang/Rome/Suva.

www.2030spotlight.org

CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung et al. (Hrsg.) (2018):

Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda 2018. So geht Nachhaltigkeit!

Zivilgesellschaftliche Initiativen und Vorschläge für nachhaltige Politik. Berlin.

www.2030report.de/sites/default/files/sgn/pdfs/So_geht_Nachhaltigkeit_online.pdf

Costa, Naiara/Reyes, Emilia (2017): Facilitating space for diversity: contributions from Major Groups and Other Stakeholders. New York: UN.

<https://sustainabledevelopment.un.org/hlpf/blog2017/week17mgos>

Debiel, Tobias (Hrsg.) (2018): Entwicklungspolitik in Zeiten der SDGs. Essays zum

80. Geburtstag von Franz Nuscheler. Bonn/Duisburg: Institut für Entwicklung und

Frieden (INEF)/Stiftung Entwicklung und Frieden (sef).

https://inef.uni-due.de/index.php?rex_media_type=ImgTypeName&rex_media_file=entwicklungspolitik_in_zeiten_der_sdgs_web.pdf

Deutsche Welthungerhilfe (2018): ...Auf den Puls gefühlt. Die Haltung der Deutschen zur Entwicklungspolitik. Bonn.
www.welthungerhilfe.de/fileadmin/pictures/publications/de/studies-analysis/2018-umfrage-haltung-zur-entwicklungspolitik.pdf

Eberlei, Walter (2018): Global nachhaltige Entwicklung mitgestalten. Agenda 2030 und Zivilgesellschaft. In: Deibel (Hrsg.) (2018), S. 89ff.
https://inef.uni-due.de/index.php?rex_media_type=ImgTypeName&rex_media_file=entwicklungspolitik_in_zeiten_der_sdgs_web.pdf

Edelman (2018): 2018 Edelman Trust Barometer Global Report. New York.
www.edelman.com/trust-barometer

Fuhr, Lili/Unmüßig, Barbara/Heidel, Klaus/Maier, Jürgen/Martens, Jens (2013): Neue Formen zivilgesellschaftlichen Engagements in Zeiten der Großen Transformation. Elf Thesen. Berlin (mimeo).

GANHRI (2016): Protecting and enlarging the space for public debates and participation of all civil society actors for the implementation of the SDGs and human rights: Ensuring that National Human Rights Institutions and broader civil society effectively play their part in the implementation of the Sustainable Development Goals (SDGs). GANHRI Background Paper. Genf.
https://nhri.ohchr.org/EN/News/Documents/GANHRI-BackgroundPaper%20-HLPF16-ShrinkingSpace_publication.pdf

Hardt, Michael/Negri, Antonio (2018): Der schwarze Spiegel. Warum Widerstand der Macht vorausgeht. In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 2-3/2017, S. 176-183.
www.zeitschrift-luxemburg.de/der-schwarze-spiegel/

Hege, Elisabeth/Demaiilly, Damien (2018): NGO mobilisation around the SDGs. IDDRI Studies 01/2018. Paris.
www.iddri.org/sites/default/files/PDF/Publications/Catalogue%20Iddri/Etude/ST0118_EH%20DD_SDGs%20NGOs.pdf

Jamann, Wolfgang (2018): Losing the Public? Berlin: International Civil Society Centre (Blogbeitrag, 27. Juli 2018).
<https://icscentre.org/2018/07/27/losing-the-public/>

Major Groups and Other Stakeholders (2017): High Level Political Forum Coordination Mechanism. Terms of Reference. As amended 6 January 2017. New York.
<https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/12947HLPFMGoSCM-ToRJan2017.pdf>

Martens, Jens (2014): Vom Konsultativstatus zu „Stakeholder“-Partnerschaften. In: Baeriswyl, Pascale/Heinz, Wolfgang S./Hüfner, Klaus/Martens, Jens (2014): Konzepte für die Reform der Vereinten Nationen. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam (Potsdamer UNO-Konferenzen 11), S. 49ff.
https://publishup.uni-potsdam.de/opus4-ubp/frontdoor/deliver/index/docId/8016/file/puk11_549-67.pdf

Martens, Jens/Obenland, Wolfgang (2017): Die Agenda 2030. Globale Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung. Vollständig aktualisierte und überarbeitete Neuauflage. Bonn/Osnabrück: Global Policy Forum/terre des hommes.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Agenda_2030_online.pdf

Spitz, Gabi/Kamphof, Ries/van Ewijk, Edith (2015): Wait-and-see or take the lead? Approaches of Dutch CSOs to the Sustainable Development Goals. Amsterdam: Kaleidos Research.
<http://kaleidosresearch.nl/download/2015/12/2015-Discussion-paper-1-Dutch-CSOs-and-SDGs.pdf>

Symank, Rouven (2017): A 'Global Crackdown on Civil Society'? Assessing the Accreditation Practice of the United Nations Committee on NGOs. New York: UN DESA NGO Branch.
http://csonet.org/content/documents/Symank_Global%20Crackdown%20on%20Civil%20Society.pdf

Together 2030 (2018a): Engaging parliaments on the 2030 Agenda and the SDGs: representation, accountability and implementation. A handbook for civil society. New York.
www.together2030.org/wp-content/uploads/2018/07/Engaging-parliaments-on-the-2030-Agenda-and-the-SDGs.pdf

Together 2030 (2018b): National Civil Society Coalitions on the Sustainable Development Goals: A Mapping. New York.
www.together2030.org/wp-content/uploads/2018/03/FINAL-Mapping-of-National-CSO-coalitions-on-SDGs-March-2018.pdf

Together 2030/Newcastle University (Hrsg.) (2018): From principle to practice: stakeholder participation in Voluntary National Reviews, 2018. New York/Newcastle.
www.together2030.org/wp-content/uploads/2018/07/2018-T2030-Newcastle-University-perceptions-report_11072018.pdf

UN DESA (2018): Major Groups and Other Stakeholders Involvement during the 2018 High-Level Political Forum on Sustainable Development. New York.
https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/20504MGoS_HLPF_involvement_31Jul.pdf

United Nations (2018): The Sustainable Development Goals Report 2018. An overview of progress towards achieving the SDGs. New York.
<https://unstats.un.org/sdgs/report/2018>

United Nations General Assembly (2012): The Future We Want. New York: UN (UN Dok. A/RES/66/288 vom 11. September 2012).

Vereinte Nationen (2015): Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. New York (UN Dok. A/RES/70/1).
<https://sustainabledevelopment.un.org/post2015/transformingourworld>

Anhang 1: Die Zivilgesellschaft in der Agenda 2030

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung geht in den folgenden Passagen auf die Rolle der Zivilgesellschaft bzw. der gesellschaftlichen Interessenträger (*Stakeholders*) ein (Hervorhebungen durch JM):

SDG 17.17 Die Bildung wirksamer öffentlicher, öffentlich-privater und **zivilgesellschaftlicher Partnerschaften** aufbauend auf den Erfahrungen und Mittelbeschaffungsstrategien bestehender Partnerschaften unterstützen und fördern

...

Präambel

Alle Länder und alle **Interessenträger** werden diesen Plan in kooperativer Partnerschaft umsetzen. [...]

Wir sind entschlossen, die für die Umsetzung dieser Agenda benötigten Mittel durch eine mit neuem Leben erfüllte Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung zu mobilisieren, die auf einem Geist verstärkter globaler Solidarität gründet, insbesondere auf die Bedürfnisse der Ärmsten und Schwächsten ausgerichtet ist und an der sich alle Länder, alle **Interessenträger** und alle Menschen beteiligen.

...

6. Die Ziele und Zielvorgaben sind das Ergebnis von über zwei Jahren intensiver öffentlicher Konsultationen und des Engagements mit der **Zivilgesellschaft** und anderen **Interessenträgern** auf der ganzen Welt, wobei den Stimmen der Ärmsten und Schwächsten besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Die wertvolle Arbeit der Offenen Arbeitsgruppe der Generalversammlung über die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung wie auch der Vereinten Nationen, deren Generalsekretär im Dezember 2014 einen Synthesebericht vorlegte, war ebenfalls Teil dieser Konsultationen.

...

39. Der Umfang und der ambitionierte Charakter der neuen Agenda erfordern eine mit neuem Leben erfüllte Globale Partnerschaft, um ihre Umsetzung zu gewährleisten. Darauf verpflichten wir uns uneingeschränkt. Diese Partnerschaft wird in einem Geist der globalen Solidarität wirken, insbesondere der Solidarität mit den Ärmsten und mit Menschen in prekären Situationen. Sie wird ein intensives globales Engagement zur Unterstützung der Umsetzung aller Ziele und Zielvorgaben erleichtern, indem sie die Regierungen, den Privatsektor, die **Zivilgesellschaft**, das System der Vereinten Nationen und andere Akteure zusammenbringt und alle verfügbaren Ressourcen mobilisiert.

...

41. Wir sind uns dessen bewusst, dass jedes Land die Hauptverantwortung für seine eigene wirtschaftliche und soziale Entwicklung trägt. Die neue Agenda befasst sich mit den für die Umsetzung der Ziele und Zielvorgaben erforderlichen Mitteln. Wir stellen fest, dass dazu die Mobilisierung von Finanzmitteln und der Aufbau von Kapazitäten ebenso gehören wie der Transfer umweltfreundlicher Technologien in die Entwicklungsländer zu gegenseitig vereinbarten günstigen Bedingungen, einschließlich Konzessions- und Vorzugsbedingungen. Die öffentliche Finanzierung auf nationaler wie auch internationaler Ebene wird eine wesentliche Rolle bei der Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen und öffentlicher Güter und bei der Mobilisierung anderer Finanzquellen spielen. Wir sind uns der Rolle bewusst, die der breitgefächerte Privatsektor – von Kleinstunternehmen über Genossenschaften bis zu multinationalen Unternehmen – sowie die Organisationen der **Zivilgesellschaft** und philanthropische Organisationen bei der Umsetzung der neuen Agenda

spielen werden.

...

52. „Wir, die Völker“ sind die berühmten ersten Worte der Charta der Vereinten Nationen. Wir, die Völker, sind es auch, die sich heute auf den Weg in das Jahr 2030 machen. Auf diesem Weg werden uns die Regierungen und Parlamente, das System der Vereinten Nationen und andere internationale Institutionen, lokale Behörden, indigene Völker, die **Zivilgesellschaft**, die Wirtschaft und der Privatsektor, die Wissenschaft und die Hochschulen begleiten – und die gesamte Menschheit. Millionen von Menschen haben bereits an dieser Agenda mitgewirkt und werden sie sich zu eigen machen. Sie ist eine Agenda der Menschen, von Menschen und für die Menschen – und dies, so sind wir überzeugt, wird die Garantie für ihren Erfolg sein.

...

60. Wir bekräftigen unser nachdrückliches Bekenntnis zur vollen Umsetzung der neuen Agenda. Wir sind uns dessen bewusst, dass wir unsere ehrgeizigen Ziele und Zielvorgaben nicht ohne eine neu belebte und verstärkte Globale Partnerschaft und gleichermaßen ambitionierte Umsetzungsmittel erreichen werden. Diese mit neuem Leben erfüllte Globale Partnerschaft wird ein intensives globales Engagement zur Unterstützung der Umsetzung aller Ziele und Zielvorgaben erleichtern, indem sie die Regierungen, die **Zivilgesellschaft**, den Privatsektor, das System der Vereinten Nationen und andere Akteure zusammenbringt und alle verfügbaren Ressourcen mobilisiert.

...

65. Wir sind uns dessen bewusst, dass sich die Länder mit mittlerem Einkommen bei der Herbeiführung einer nachhaltigen Entwicklung nach wie vor beträchtlichen Herausforderungen gegenübersehen. Um sicherzustellen, dass das bisher Erreichte von Dauer ist, sollen die Bemühungen zur Bewältigung der bestehenden Herausforderungen durch Erfahrungsaustausch, eine verbesserte Koordinierung und eine bessere und zielgerichtete Unterstützung seitens des Entwicklungssystems der Vereinten Nationen, der internationalen Finanzinstitutionen, der Regionalorganisationen und anderer **Interessenträger** gestärkt werden.

...

70. Wir bringen hiermit den Mechanismus zur Technologieförderung auf den Weg, der mit der Aktionsagenda von Addis Abeba geschaffen wurde, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu unterstützen. Der Mechanismus zur Technologieförderung wird auf der Zusammenarbeit einer Vielzahl von Akteuren gründen – der Mitgliedstaaten, der **Zivilgesellschaft**, des Privatsektors, der Wissenschaft, der Institutionen der Vereinten Nationen und anderer **Interessenträger** – und aus einem interinstitutionellen Arbeitsteam der Vereinten Nationen für Wissenschaft, Technologie und Innovation zugunsten der Ziele für nachhaltige Entwicklung, einem kooperativen Multi-Akteur-Forum für Wissenschaft, Technologie und Innovation zugunsten der Ziele für nachhaltige Entwicklung und einer Online-Plattform bestehen.

...

74. Die Weiterverfolgungs- und Überprüfungsprozesse auf allen Ebenen werden von den folgenden Grundsätzen geleitet sein: [...]

d) Sie werden für alle Menschen offen, inklusiv, partizipatorisch und transparent sein und die Berichterstattung aller maßgeblichen **Interessenträger** unterstützen.

...

79. Wir ermutigen die Mitgliedstaaten außerdem, regelmäßige und alle Seiten einbeziehende Überprüfungen der Fortschritte auf nationaler und subnationaler Ebene durchzuführen, die von den Ländern gesteuert und vorangetrieben werden. In diese Überprüfungen sollen auch die Beiträge indigener Völker, der

Zivilgesellschaft, des Privatsektors und anderer **Interessenträger** im Einklang mit den nationalen Gegebenheiten, Politiken und Prioritäten einfließen. Die nationalen Parlamente sowie andere Institutionen können diese Prozesse ebenfalls unterstützen.

...

84. Unter der Schirmherrschaft des Wirtschafts- und Sozialrats wird das hochrangige politische Forum im Einklang mit Resolution 67/290 der Generalversammlung vom 9. Juli 2013 regelmäßige Überprüfungen durchführen. Die Überprüfungen werden freiwillig sein, jedoch zur Berichterstattung anhalten und entwickelte Länder, Entwicklungsländer und die zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen sowie andere Interessenträger einschließlich der **Zivilgesellschaft** und des Privatsektors umfassen. Sie werden unter der Führung der Staaten stattfinden und Teilnehmer im Ministerrang und andere zuständige hochrangige Teilnehmer haben. Sie werden unter anderem durch die Mitwirkung **wichtiger Gruppen und anderer maßgeblicher Interessenträger** eine Plattform für Partnerschaften bieten.

...

85. Im Rahmen des hochrangigen politischen Forums werden zudem thematische Überprüfungen der Fortschritte bei den Zielen für nachhaltige Entwicklung einschließlich der Querschnittsfragen stattfinden. Sie werden durch Überprüfungen der Fachkommissionen des Wirtschafts- und Sozialrats und anderer zwischenstaatlicher Organe und Foren unterstützt werden, die dem integrierten Charakter der Ziele und den zwischen ihnen bestehenden Querverbindungen Rechnung tragen sollen. Sie werden alle maßgeblichen **Interessenträger** einbeziehen und nach Möglichkeit in den Zyklus des hochrangigen politischen Forums eingebettet und auf ihn abgestimmt sein.

...

89. Das hochrangige politische Forum wird die Teilnahme der **wichtigen Gruppen und anderer maßgeblicher Interessenträger** an den Weiterverfolgungs- und Überprüfungsprozessen im Einklang mit Resolution 67/290 unterstützen. Wir fordern diese Akteure auf, über ihren Beitrag zur Umsetzung der Agenda Bericht zu erstatten.

Anhang 2: Nationale SDG-Initiativen weltweit

Bei der folgenden Liste handelt es sich um eine Auswahl von zivilgesellschaftlichen Initiativen, die im SDG-Umsetzungsprozess auf nationaler Ebene entstanden sind. Stand: November 2018

Argentinien / Plataforma ODS

Internetplattform, um Informationen über zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu den SDGs in Argentinien zu vermitteln. Initiiert wurde diese Plattform von RACI, dem argentinischen Dachverband zivilgesellschaftlicher Organisationen, in Zusammenarbeit mit Cablevision Fibertel.

<http://raci.org.ar/3130-2/?lang=en>

<http://www.odsargentina.gob.ar/>

Bangladesch / Citizen's Platform for SDGs Bangladesh

Citizen's Platform for SDGs Bangladesh entstand auf Initiative einer Gruppe von Einzelpersonen im Juni 2016, um zur Umsetzung der SDGs in Bangladesch beizutragen. Derzeit arbeiten landesweit 86 Organisationen mit.

<http://bdplatform4sdgs.net/>

Bangladesch / Disability Alliance on SDGs, Bangladesh

Thematisches Bündnis von Organisationen, die sich für die Interessen von Menschen mit Behinderungen einsetzen. Gegründet im März 2017. Zu den Mitgliedern gehören Sightsavers, ADD International, Access Bangladesh Foundation, CBM, Turning Point, Centre for Disability Development, National Disability Forum und HelpAge International.

<http://www.daily-sun.com/printversion/details/269405/Disability-Alliance-on-SDGs-comes-into-being>

<http://bdplatform4sdgs.net/wp-content/uploads/2016/08/VNR-Report-on-Sustainable-Development-Goals-Issues-and-Concerns-of-Persons-with-Disabilities.pdf>

Belgien / Perspective 2030

Koalition von über 50 Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen zur Umsetzung der Agenda 2030 in Belgien. Sie wird koordiniert vom entwicklungspolitischen NGO-Netzwerk 11.11.11.

<https://www.11.be/wat-doet-11-11-11/campagnes/perspective-2030>

Brasilien / Civil Society Working Group for the 2030 Agenda

Arbeitsgruppe brasilianischer Organisationen zur Umsetzung und Überwachung der Agenda 2030 und der Aktionsagenda von Addis Abeba. Gegründet im Jahr 2014. Wichtigstes Produkt ist ein nationaler Spotlight Report zur Agenda 2030, koordiniert von GESTOS – Soropositividade, Comunicação e Gênero und IDS – Instituto Democracia e Sustentabilidade.

<https://brasilnaagenda2030.wordpress.com/>

<https://brasilnaagenda2030.files.wordpress.com/2017/07/spotlight-report-cswg-brazil-hlpf2017.pdf>

Chile / ASOCIA 2030

Plattform von drei zivilgesellschaftlichen Dachverbänden: Comunidad de Organizaciones Solidarias, Acción AG und Red de Voluntarios de Chile. Ziele sind die Beeinflussung der Politik zur Umsetzung der Agenda 2030 (mit besonderem Fokus auf die SDGs 1, 5, 10, 13 und 16) und die Stärkung der chilenischen Zivilgesellschaft.

<http://proyectoasocia2030.cl/>

Dänemark / Global Fokus

In Dänemark entstand 2014 der entwicklungspolitische Dachverband Global Fokus aus dem Zusammenschluss von NGO FORUM und Concord Danmark. Global Fokus hat mehrere Arbeitsgruppen zur SDG-Politik, SDG-Capacity Development und SDG-Vernetzung eingerichtet. Global Fokus stellt auch das Sekretariat eines parteiübergreifenden Netzwerks zur Agenda 2030 im dänischen Parlament.

www.globaltffokus.dk/in-english

Dänemark / 92-gruppen

Die Gruppe von 24 dänischen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen wurde schon 1991 im Vorfeld der Rio-Konferenz 1992 gegründet, um die Arbeit der dänischen NGOs zu koordinieren. Heute beschäftigt sich die Gruppe mit der Implementierung und dem politischen Prozess der SDGs auf nationaler und internationaler Ebene.

<https://www.92gr.dk/about-the-danish-92-group.html>

Deutschland / Netzwerk Agenda 2030

Das Forum Umwelt und Entwicklung und der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO) koordinieren das informelle „Netzwerk Agenda 2030“, in dem rund 20 zivilgesellschaftliche Verbände und Netzwerke zusammenarbeiten, um die Umsetzung der Agenda 2030 in Deutschland voranzubringen. Ein Teil der beteiligten Dachverbände veröffentlicht gemeinsam mit weiteren Organisationen seit 2016 einen jährlichen SDG-Schattenbericht. Herausgeber des Berichts 2018 waren das CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, der Deutsche Bundesjugendring, der Deutsche Naturschutzring, das Forum Menschenrechte, das Forum Umwelt und Entwicklung, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, das Global Policy Forum, die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung und VENRO.

www.2030report.de

Deutschland / Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN)

Die RENN verstehen sich als regional organisierte Informations- und Aktions-Plattformen für Nachhaltige Entwicklung, die Akteure vernetzen und den Ideen- und Informationsaustausch fördern sollen. Vier Netzstellen (RENN Nord, RENN Mitte, RENN West und RENN Süd) haben ihre Arbeit Ende 2016 aufgenommen, werden von der Bundesregierung finanziert und von der Geschäftsstelle des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) koordiniert und unterstützt.

www.renn-netzwerk.de

Ecuador / ODS Territorio Ecuador

Eine Initiative der Stiftung Futuro Latinoamericano (FFLA) und der Grupo FARO. Ziel ist es, Räume für Dialog und Partizipation bei der Umsetzung der SDGs in Ecuador zu schaffen.

<http://odsterritorioecuador.ec/>

Finnland / Agenda 2030 Civil Society Coalition

Die zivilgesellschaftliche Koalition zur Agenda 2030 wird koordiniert vom entwicklungspolitischen Dachverband Kepa. Mitglieder sind: Finnish Youth Cooperation – Allianssi, SOSTE Finnish Federation for Social Affairs and Health, Valo Finnish Sports Confederation, verschiedene Gewerkschaften, und die Evangelical Lutheran Church of Finland. Hauptaktivität ist die Publikation eines zivilgesellschaftlichen Reports zur Umsetzung der Agenda 2030 in Finnland.

www.kepa.fi/english/work-in-finland

www.kepa.fi/sites/kepa.fi/tiedostot/kepaifinland-and-2030agendafinal.pdf

www.kepa.fi/sites/kepa.fi/tiedostot/julkaisut/Finland-and-the-2030-Agenda_follow-up-report-2018.pdf

Ghana / Civil Society Organisation (CSO) Platform on Sustainable Development Goals (SDGs)

Gegründet im Mai 2016 ist die CSO ein Zusammenschluss von rund 150 Organisationen, darunter lokale Gruppen, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, religiöse Gruppen, Gewerkschaften und internationale NGOs. Sie arbeiten in 17 Untergruppen zu jedem der SDGs zusammen.

<http://csoplatformsdg.org>

Großbritannien / UK Stakeholders for Sustainable Development (UKSSD)

UKSSD ist ein Zusammenschluss von 75 Organisationen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlichem Sektor mit dem Ziel, die Umsetzung der SDGs in Großbritannien zu fordern und zu fördern. UKSSD ist 2015 aus einer informellen Gruppe entstanden. Neben einem Brief an die Premierministerin Theresa May mit der Forderung zur Einhaltung der SDGs veröffentlichte UKSSD einen eigenen Bericht über den Stand der Umsetzung der SDGs in Großbritannien.

<https://www.ukssd.co.uk/>

<https://www.ukssd.co.uk/Handlers/Download.ashx?IDMF=62c71dd6-d83b-4b3b-b98b-e7f9f1e21907>

Großbritannien / Bond: SDGs Group

Bond ist ein Netzwerk von über 400 NGOs, die im entwicklungspolitischen Bereich arbeiten. Unter dem Dach von Bond hat sich eine Gruppe spezifisch zu den SDGs sowie eine Untergruppe „Leave No One Behind“ gebildet. Die SDGs Group koordiniert die All-Party Parliamentary Group on the SDGs, stellt Vorschläge zur Umsetzung der SDGs in Großbritannien vor und veröffentlicht Policy Briefings.

<https://www.bond.org.uk/advocacy/sdgs>

Großbritannien (Schottland) / Global Goals for Sustainable Development in Scotland

Die Koalition besteht aus über 250 Organisationen und Einzelpersonen. Gegründet im Januar 2017 auf Initiative des Scottish Council for Voluntary Organisations, hat die Koalition das Ziel, die Umsetzung der SDGs in Schottland voranzutreiben.

<https://globalgoals.scot>

Indien / Wada Na Todo Abhiyan

Die indienweite Kampagne wurde bereits 2004 im Zusammenhang mit dem Weltsozialforum in Mumbai gegründet. Sie koordiniert nun eine Reihe indischer Aktivitäten zur Agenda 2030. Unter anderem organisierte Wada Na Todo Abhiyan Multistakeholder-Konsultationen und koordinierte die Veröffentlichung eines umfassenden Reports der indischen Zivilgesellschaft zur Agenda 2030.

<http://wadanatodo.net/>

http://action4sd.org/wp-content/uploads/2017/07/CivilSocietyHLPFReport.India3_.pdf

Indonesien / Indonesian CSO Coalition for SDGs

Koalition von zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Umsetzung und Überwachung der SDGs in Indonesien. Mitglieder sind u.a. das International NGO Forum on Indonesian Development (infid) und die Koalisi Perempuan Indonesia.

www.sdg2030indonesia.org/

Irland / Irish Coalition 2030

Breite Koalition von mehr als 100 irischen Organisationen aus den Bereichen Entwicklung, Umwelt, Soziales, Wissenschaft, Jugend und Gewerkschaften, gegründet am 1. März 2017 in Dublin. 2018 veröffentlichte die Koalition einen zivilgesellschaftlichen Report zur Umsetzung der SDGs in Irland.

www.ireland2030.org

www.ireland2030.org/report-2018/

Italien / Italian Alliance for Sustainable Development (ASviS)

Auf Initiative von Unipolis Foundation und der Universität Tor Vergata wurde im Februar 2016 die Italian Alliance for Sustainable Development (ASviS) gegründet. Ziel des Bündnisses von mehr als 200 zivilgesellschaftlichen Organisationen und Netzwerken ist es, das Bewusstsein in der italienischen Gesellschaft, der Wirtschaft und im öffentlichen Sektor für die Agenda 2030 zu stärken und für die Verwirklichung der SDGs zu mobilisieren. ASviS stellt dazu Informationen über die Agenda 2030 sowie eigene Berichte bereit, führt Gespräche mit der italienischen Regierung und betreibt eine Datenbank mit Informationen zur Umsetzung der SDGs.

<http://asvis.it/asvis-italian-alliance-for-sustainable-development>

http://asvis.it/public/asvis/files/ES_ASviS_Report_2018_1_.pdf

Japan / Japan Civil Society Network on SDGs (SDGs Japan)

Formeller Zusammenschluss japanischer Organisationen zur Umsetzung der SDGs. Das Netzwerk hat 60 Vollmitglieder und 40 assoziierte Mitglieder und wurde am 20. April 2016 gegründet. Die Aktivitäten sind in 12 Themenbereiche gegliedert: Umwelt, Entwicklung, Menschen mit Behinderungen, Gender, Katastrophen, Armut in Japan, Jugend, lokale Themen, soziale Verantwortung, Bildung, Globale Gesundheit, Kampagnen.

www.sdgs-japan.net

Kamerun / The Cameroon Civil Society Engagement Charter for the Sustainable Development Goals (SDGs)

Die Charter entstand im Juli 2016 auf Initiative des African Development Interchange Network, African Monitor und der Commonwealth Foundation. Vorgesehen ist u.a. die Einrichtung einer Common Working and Collaboration Platform on the Sustainable Development Goals in Cameroon (CWCP).

<https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/13392Institutionalized%20dialogue%20between%20the%20Government%20and%20Civil%20Society%20in%20Cameroon%20on%20the%20SDGs%20in%20Cameroon.pdf>

Kanada / Alliance 2030

Alliance 2030 ist ein Zusammenschluss von Organisationen und Einzelpersonen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die SDGs in Kanada und weltweit zu verwirklichen. Die Allianz ging aus einer Serie landesweiter Konversationen hervor, die aus Anlass des 150. Jahrestages der Gründung Kanadas 2017 stattfanden. Initiiert wurde die Allianz von Community Foundations of Canada.

<https://alliance2030.ca>

Kenia / SDGs Kenya Forum for Sustainable Development

Das Forum bildet die zentrale Plattform der kenianischen Zivilgesellschaft im SDG-Umsetzungsprozess. Es ging aus einem Netzwerk hervor, dass sich im Vorbereitungsprozess der SDGs gebildet hatte (Kenya CSOs Reference Group on Post 2015). Ihm gehören über 40 nationale und internationale Umwelt- und Entwicklungsorganisationen an. Das Forum soll den Raum für ein besser strukturiertes und koordiniertes Engagement der Zivilgesellschaft im SDG-Umsetzungsprozess bieten.

<http://sdgkenyaforum.org/>

Malaysia / CSO-SDG Alliance

Ein informeller Zusammenschluss von Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen in Malaysia. Ziel ist die bessere Zusammenarbeit und Vertretung gegenüber der Regierung im SDG-Umsetzungsprozess.

www.facebook.com/CSO-SDG-Alliance-297464404049610/

http://onlineapps.epu.gov.my/sdg/images/sdg_document_november/presentation/Datuk_Denison_SDG_Alliance_paper_at_sdg_road_map_conference_Nov_2016.pdf

Malta / Agenda 2030 National Coalition

Die beiden maltesischen Organisationen Kopin und SKOP, der Dachverband der Entwicklungs-NGOs in Malta, haben die informelle Agenda 2030 National Coalition ins Leben gerufen. Ihr gehören neben Umwelt- und Entwicklungsorganisationen auch Kooperativen, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände an.

<https://concordeurope.org/wp-content/uploads/2017/10/CONCORD-monitoring-Agenda-2030-implementation-across-the-EU-October-2017.pdf?1fdb40&1fdb40>, S. 4

Nepal / Nepal SDGs Forum

Eine informelle Plattform zivilgesellschaftlicher Organisationen, koordiniert von der NGO Federation of Nepal, dem Dachverband nepalesischer Entwicklungsorganisationen und Wohlfahrtsverbände. Eine der Aktivitäten des Forums war die Veröffentlichung des Civil Society Report on Implementation of SDGs in Nepal 2017. <http://ngofederation.org/sdgs-news>

Niederlande / Building Change

„Building Change: Global Goals at Home and Abroad“ ist eine gemeinsame Initiative von Partos, dem niederländischen Dachverband der Entwicklungsorganisationen, Woord en Daad und der Foundation Max van der Stoep. Der Koalition gehören über 40 zivilgesellschaftliche Organisationen an, die sich für eine ambitionierte Umsetzung der SDGs in den Niederlanden einsetzen.

www.partos.nl/building-change/

www.eusain.org/news-events/eusain-joins-building-change/

Nigeria / Civil Society Coalition on Sustainable Development

CSCSD ist der offizielle Zusammenschluss nigerianischer Organisationen im SDG-Umsetzungsprozess. Der Koalition gehören über 150 NGOs und Netzwerke aus allen Teilen Nigerias an. CSCSD ging aus der Campaign2015+ International hervor, die den SDG-Vorbereitungsprozess begleitet hatte. Die Koalition hat formalisierte Entscheidungsstrukturen mit einer Generalversammlung, einem Board of Trustees und einem 14-köpfigen Lenkungsausschuss.

www.cscsdev.org/

<http://www.cscsdev.org/documents/strategy-paper-on-cscsd/>

Norwegen / Norwegian Forum for Development and Environment (ForUM)

Das ForUM hat seit 2013 seine Arbeit vollständig auf die SDGs ausgerichtet. Es veröffentlicht u.a. einen jährlichen zivilgesellschaftlichen Report zur Umsetzung der SDGs in und durch Norwegen (2017: “17 Goals – 1 Future. How the UN Sustainable Development Goals can be reached in and with Norway by 2030”).

<http://www.forumfor.no/>

www.forumfor.no/assets/docs/Forum-engelsk-digital-070717-highres.pdf

Österreich / SDG Watch Austria

In Österreich haben sich im September 2017 rund 130 Organisationen zu SDG Watch Austria zusammengeschlossen. Sie setzen sich gemeinsam für eine ambitionierte Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele in Österreich ein. Zu den Aufgaben von SDG Watch Austria zählen die Informations- und Vernetzungsarbeit, die Koordination und Abstimmung von Aktionen und die Zusammenarbeit mit europäischen und internationalen Netzwerken.

www.sdgwatch.at/de/

Portugal / CSO SDG Forum

Das Forum wurde 2014 gegründet und besteht aus zivilgesellschaftlichen Organisationen verschiedener Bereiche und Gewerkschaften. Das Forum hat zwei nationale Konsultationsprozesse zur SDG-Implementierung organisiert und auf dieser Grundlage zwei Berichte herausgegeben.

http://plataformamulheres.org.pt/wp-content/ficheiros/2017/04/latorio_ConсультаODS2016-1.pdf

<https://concordeurope.org/2018/09/25/sdg-good-practices-from-across-europe/>

Schweiz / Plattform Agenda 2030

Im September 2017 gründete sich in der Schweiz die Plattform Agenda 2030. Sie ist ein Zusammenschluss von rund 40 zivilgesellschaftlichen Organisationen aus den Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit, Umweltschutz, Gender, Frieden, nachhaltiges Wirtschaften und Gewerkschaften, die gemeinsam zur Umsetzung der Agenda 2030 in und durch die Schweiz beitragen wollen. Die Plattform wurde als eigenständiger Verein mit Statuten, Vorstand und eigenem Budget gegründet. Parallel zum VNR der Schweizer Regierung veröffentlichte die Plattform im Juli 2018 einen eigenen Bericht unter dem Titel „Wie nachhaltig ist die Schweiz? Die Umsetzung der Agenda 2030 aus Sicht der Zivilgesellschaft“.

<https://plattformagenda2030.ch/>

Senegal / Civil Society Organisation Group for SDG Monitoring/ CONGAD

Im Rahmen des senegalesischen Dachverbands der Entwicklungs-NGOs CONGAD (Conseil des Organisations Non Gouvernementales d'Appui au Développement) hat sich eine Arbeitsgruppe zum SDG Monitoring gebildet. Zu den Aktivitäten gehörte ein gemeinsamer Workshop mit Together 2030 zum VNR der Regierung Senegals 2018.

<http://www.together2030.org/2017/10/09/together-2030-partners-civil-society-senegal-promote-inclusive-national-review/>

Sierra Leone / Sierra Leone Coalition 2030

Die Koalition wurde am 5. Oktober 2016 gegründet, um die Öffentlichkeit in Sierra Leone über die SDGs zu informieren und die Arbeit der beteiligten Organisationen zu koordinieren. Die Koalition besteht aus folgenden 15 Mitgliedern: Caritas, Sight Savers, Campaign for Good Governance, Leonard Cheshire Disability, Handicap International, Conservative Society, CAFOD, Civil Society Movement, DADA Sierra Leone, Council for Churches Sierra Leone, Action Aid Sierra Leone, Trocaire, Sierra Leone Young Christian Students, Environmental Forum for Africa, Sierra Leone Association of Non-Governmental Organization (SLANGO).

www.facebook.com/sieraleonecoalition2030/

<https://awoko.org/2016/10/06/sierra-leone-news-csos-formally-launched-salone-coalition-2030-on-sustainable-development-goals-sdgs/>

Simbabwe / CSO Reference Group on SDGs

Auf Initiative des Poverty Reduction Forum Trusts wurde im April 2017 die CSO Reference Group on SDGs gegründet. Mit ihr sollte eine stärkere und besser koordinierte Stimme der Zivilgesellschaft im SDG-Umsetzungsprozess in Simbabwe geschaffen werden. Der Gruppe gehören Organisationen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen an. Eine ihrer Aufgaben ist es, die zivilgesellschaftliche Mitwirkung bei der Erstellung des VNRs der Regierung Simbabwes zu koordinieren.

www.prftzim.org/zim-csos-sdgs-reference-group/

<https://together2030.wordpress.com/2017/12/06/oh-its-a-ball-let-us-score-the-goals/>

www.civicus.org/images/CivilSocietyHLPFReport.Zimbabwe.pdf

Spanien / Futuro en común

Futuro en común ist eine breite Plattform von Sozialverbänden, Umwelt-, Entwicklungs-, Frauen- und Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Universitäten. Sie setzen sich für eine spanische Politik ein, die die Ziele der Agenda 2030 umsetzt. Die Plattform hat 2016 eine spezielle Arbeitsgruppe zu den SDGs eingerichtet, der rund 40 Organisationen angehören und die seitdem mehrere Publikationen veröffentlicht hat.

<http://futuroencomun.net/>

Sri Lanka / Sri Lanka Stakeholder SDG Platform – SLS-SDG Platform

Sri Lanka Stakeholder SDG Plattform (SLS-SDG Platform) ist ein Zusammenschluss von Organisationen aus dem privaten und wissenschaftlichen Sektor und der Zivilgesellschaft. Ziel ist es die Transformation gemäß der Agenda 2030 in einem inklusiven Prozess voranzubringen. Die im April 2018 gegründete Plattform hat unter anderem einen Voluntary People's Review über die Umsetzung der SDGs beim HLPF veröffentlicht.

<https://www.facebook.com/slsdgpplatform/>

<https://action4sd.org/wp-content/uploads/2018/07/SRI-LANKA-Voluntary-Peoples-Review-on-the-SDGs-to-HLPF-2018.pdf>

<http://fisd.lk/inauguration-of-the-sri-lanka-stakeholder-sdg-platform-and-national-dialogue-on-the-linkages-between-alcohol-drugs-tobacco-women-youth-children-and-the-sustainable-development-goals/>

Südafrika / CSO Working Group on the SDGs

Auf Initiative von African Monitor fand im September 2017 ein Strategieworkshop mit südafrikanischen NGO-Vertreter/innen statt. Die Teilnehmer/innen einigten sich darauf, eine Arbeitsgruppe zu den SDGs einzurichten, die u.a. aus vier thematischen Clustern (Soziales, Wirtschaft, Umwelt, Frieden und Rechtstaatlichkeit) besteht. Im Jahr 2018 sollte sich die Arbeitsgruppe weiter institutionalisieren.

www.africanmonitor.org/wp-content/uploads/2017/09/Final-Report_South-African-CSOs-Consultation-on-the-SDGs_Sept-2017-003.pdf

Sudan / Sudanese Civil Society Forum for SDGs

Das Forum ist ein Zusammenschluss von 300 sudanesischen NGOs. Ziel ist es, das Bewusstsein für die Agenda 2030 zu stärken und die Implementierung der SDGs zu verbessern. Environmental Initiative for Sustainable Development (EnvI) – Sudan und Action for Sustainable Development (A4SD) haben im Auftrag der Africa Working Group (AWG) und in Partnerschaft mit dem UN Global Compact Sudan Network einen Voluntary National Review für den Sudan veröffentlicht.

<https://action4sd.org/wp-content/uploads/2018/07/SDG-VNR-Sudan.pdf>

<https://sustainabledevelopment.un.org/partnership/?p=11280>

Südkorea / Korea SDGs Network/Korea Civil Society Network on SDGs (KCSN)

Das Netzwerk wurde im Juni 2016 im Zusammenhang mit dem Voluntary National Review (VNR) der südkoreanischen Regierung gegründet. Es besteht aus 28 zivilgesellschaftlichen Organisationen mit den Themenschwerpunkten Umwelt, Soziales, Gender und Menschen mit Behinderungen. Das Netzwerk hat 2016 den VNR der südkoreanischen Regierung kommentiert und im April 2017 einen eigenen Report zur Umsetzung der SDGs veröffentlicht.

<http://sdgforum.org>

<https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/14506Korean%20CivilSocietyReport.pdf>

<http://sdgforum.org/74?category=735546>

Tansania / Tanzania Sustainable Development Platform

Die Plattform wurde im April 2015 von der United Nations Association of Tanzania in Zusammenarbeit mit der Africa Philanthropic Foundation gegründet. Sie versteht sich als offene Plattform der Zivilgesellschaft Tansanias, um die Beiträge zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Umsetzung und Überprüfung der Agenda 2030, der Agenda 2063 und von Tansanias Vision 2025 zu koordinieren.
<http://africaphilanthropic.org/tanzania-sustainable-development-platform/>

Thailand / HLPF Alliance Thailand

Die HLPF Alliance hat sich zu dem speziellen Zweck gebildet, die Erstellung des thailändischen VNRs zu begleiten und einen eigenen zivilgesellschaftlichen Schattenbericht zu produzieren. Mitglieder sind Campaign Committee for Human Rights, ProRights Foundation, Foundation for Women, People's Empowerment Foundation, the Assembly of Natural Resources and Environment NGOs, Thailand Environment Institute und Climate Watch Thailand
<http://action4sd.org/wp-content/uploads/2017/07/CivilSocietyHLPFReport.Thailand.pdf>
www.whiteband.org/sites/default/files/f.%20THAILAND%201-VNR%20%20Shadow%20Report%20sdg%20goal%201_0.pdf

Togo / Community of Practitioners on Sustainable Development (La Communauté des Praticiens du Développement, CoPraDD)

Die Plattform bringt zurzeit vier Organisationen aus dem Bereich der Entwicklungsarbeit zusammen. Sie kooperieren mit UNDP, der Organisation Internationale de la Francophonie (OIF) und dem Ministerium für Planung und Entwicklung.
http://action4sd.org/wp-content/uploads/2017/07/CivilSocietyHLPFReport.Togo_.pdf

Tschechien / Měj se k světu

Informelle Plattform von mehr als 125 zivilgesellschaftliche Organisationen und Netzwerken, die sich an der Ausarbeitung des National Strategic Framework CR2030 beteiligten.
<http://mejseksvetu.cz/>
<http://action4sd.org/wp-content/uploads/2017/07/CivilSocietyHLPFReport.CzechRepublic.pdf>

Uganda / 2030 Agenda CSO Reference Group

Die 2030 Agenda CSO Reference Group mit über 80 zivilgesellschaftlichen Organisationen begleitet den SDG-Umsetzungsprozess in Uganda. Sie ist beim Uganda National NGO Forum angesiedelt. 2016 veröffentlichte die Gruppe das Uganda Civil Society Statement to the High Level Political Forum und im Juni 2017 den Uganda Civil Society Report on the Implementation of the SDGs 2017.
<http://beta.ngoforum.or.ug/wp-content/uploads/2018/03/2017-CSO-Report-on-SDGs.pdf>
<https://action4sd.org/wp-content/uploads/2016/07/UgandaCSOStatementHLPF.pdf>

Ungarn / Hungarian NGO Roundtable on SDGs

Die Gruppe hat sich 2017 gegründet und besteht aus 11 ungarischen NGOs. Ziel des Zusammenschlusses ist es, einen strukturierten Dialog zwischen den NGOs und der Regierung zu führen, um den Informationsaustausch zu ermöglichen und das Bewusstsein über die Agenda 2030 zu stärken. Die Gruppe hat an der Erstellung des ungarischen VNRs mitgewirkt und stellt Daten zur Implementierung der SDGs in Ungarn bereit.
<http://ffcelok.hu/hirek/>
<https://www.sdgwatcheurope.org/hungarian-ngos-establish-a-roundtable-on-sdg-implementation/>

Weitere Publikationen des Global Policy Forums zum Thema



Die Agenda 2030 – Globale Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung Report

Vollständig aktualisierte und überarbeitete Neuauflage

Autoren: Jens Martens und Wolfgang Obenland

Herausgeber: Global Policy Forum Europe
und terre des hommes

Bonn/Osnabrück, November 2017



Das High-level Political Forum on Sustainable Development – Reformoptionen und -notwendigkeiten

Arbeitspapier

Autor: Wolfgang Obenland

Herausgeber: Global Policy Forum Europe

Bonn, Januar 2019



Die Agenda 2030, Nachhaltigkeitsziele und Haushaltspolitik – Schritte für Politik und Zivilgesellschaft zu einem SDG-konformen Bundeshaushalt

Arbeitspapier

Autor: Jens Martens

Herausgeber: Global Policy Forum Europe

Bonn, Dezember 2017



Ungleichheiten verringern! SDG 10: Schlüssel zur Verwirklichung der Agenda 2030

Arbeitspapier

Autoren: Wolfgang Obenland

Herausgeber: Global Policy Forum Europe

Bonn, Januar 2018



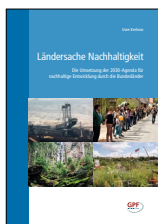
Globale Partnerschaften – Wundermittel zur Umsetzung der 2030-Agenda?

Arbeitspapier

Autoren: Jens Martens und Karolin Seitz

Herausgeber: Global Policy Forum Europe

Bonn, Februar 2017



Ländersache Nachhaltigkeit – Die Umsetzung der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung durch die Bundesländer

Arbeitspapier

Autor: Uwe Kerkow

Herausgeber: Global Policy Forum Europe

Bonn, Januar 2017

Zivilgesellschaft und Agenda 2030

Neue Allianzen für die sozial-ökologische Transformation?

Seitdem die Agenda 2030 mit ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) im September 2015 verabschiedet wurde, entstanden in bislang mehr als 40 Ländern zivilgesellschaftliche SDG-Bündnisse. Manche haben zum Ziel, die Agenda und ihre SDGs in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Andere begannen, mit eigenen Projekten zur praktischen Umsetzung der SDGs beizutragen. Wieder andere konzentrieren sich darauf, die Politik ihrer Regierungen zu beobachten, Forderungskataloge zu formulieren und in Schattenberichten die Fort- bzw. Rückschritte und politischen Hindernisse bei der Umsetzung der SDGs zu analysieren.

Parallel dazu boomen in vielen Ländern aber auch rechtsnationale oder fundamentalreligiöse Bewegungen, deren Botschaften im diametralen Gegensatz zum Geist und zu den Zielen der Agenda 2030 stehen.

Angesichts dieser widersprüchlichen Trends untersucht dieses Arbeitspapier, welche (zivil-) gesellschaftliche Mobilisierungswirkung die Agenda 2030 und die SDGs haben. Kann der Umsetzungsprozess der Agenda 2030 zur Stärkung fortschrittlicher zivilgesellschaftlicher Organisationen (auch als Gegengewicht zu nationalistischen und fremdenfeindlichen Bewegungen) und der dauerhaften Bildung neuer gesellschaftlicher Bündnisse führen?

Hat sich durch die Agenda 2030 die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen in den Vereinten Nationen verändert? Wie sehen ihre praktischen Mitwirkungsmöglichkeiten aus? Welche Gruppen und Organisationen bestimmen den Diskurs? Und welches sind ihre Hauptbotschaften?

Mit welchen Problemen und Dilemmata sind zivilgesellschaftliche Organisationen im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 konfrontiert? Und welche Bedingungen sollten erfüllt sein, damit die Bildung zivilgesellschaftlicher SDG-Allianzen Aussicht auf Erfolg hat?